



IZA-Arbeitslosigkeitsbarometer betritt Neuland bei der Nutzung von Internetdaten Google-Suchstatistiken liefern wertvolle Informationen

In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise haben sich Prognosen als besonders umstritten erwiesen. Auch deshalb wurde und wird unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise stärker als sonst üblich auf „weiche“ Indikatorsysteme wie Stimmungsumfragen und Handelsindizes zurückgegriffen. Es besteht zweifelsohne ein Bedarf, frühzeitig Veränderungen der Lage zu erkennen. Dazu werden geeignete Indikatoren benötigt, die im Internet mit der Suchstatistik von Google rasch und in hoher Frequenz verfügbar sind.

Das IZA hat mit dem IZA-Arbeitslosigkeitsbarometer ökonomisches Neuland betreten, um die Nützlichkeit dieser Internetdaten im realen Labor der Bundesrepublik Deutschland zu prüfen, nachzuweisen und zu verfeinern. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass immer mehr Menschen das Internet nutzen, insbesondere auch für Arbeitsmarktfragen und die Arbeitsplatzsuche. In der deutschen Presse wird der Verlauf des IZA-Arbeitslosigkeitsbarometers – neben anderen, bereits längerfristig etablierten Indikatoren – als deutliches Anzeichen einer Konjunkturwende der deutschen Wirtschaft interpretiert.¹

Auch wenn „weiche“ Indikatorsysteme wie Stimmungsumfragen und Handelsindizes wenig über die weitere Zukunft sagen können, so geben sie doch in normalen Zeiten ein robustes Bild über die Lage, in der sich die Wirtschaft aktuell befindet. Aber selbst weiche Indikatoren lagen in der Krise nicht immer rechtzeitig vor. Schließlich ist es die Wirtschaftspolitik selbst, die über Maßnahmenpakete zur Konjunkturstabilisierung und definitorische Änderungen bedeutender Zielgrößen das Prognosegeschäft erschwert. Die weichen Indikatoren haben auch den Nachteil, dass sie nicht sofort mit den interessierenden Zielgrößen in einen quantitativen Zusammenhang gebracht werden können. Dies

gilt insbesondere, wenn sie neue Phänomene aufgreifen, die zeitlich noch nicht lange genug abgebildet werden können. Bei den vom IZA verwendeten Google-Daten handelt es sich um bisher für wissenschaftliche Zwecke ungenutztes Material, mit dem zunächst Erfahrungen gesammelt werden müssen. Das IZA-Arbeitslosigkeitsbarometer bietet jedoch einen unmittelbaren Vergleich mit der Zielgröße, weil es dem Nutzer die direkte Verknüpfung mit der Arbeitslosenquote gestattet. Diese Möglichkeit hat der Betrachter bei anderen Barometern nicht, sondern muss Entwicklungen aus Kurvenverläufen abschätzen.

Googlemetrie und Arbeitsmarkt

Arbeitslosigkeit ist im Internet zumindest indirekt ablesbar. So surfen inzwischen knapp 70% der Deutschen im Internet. Deutschland liegt damit in der Intensität der Internetnutzung über dem europäischen Durchschnitt. Internetdaten liefern deshalb eine interessante, bisher praktisch wissenschaftlich ungenutzte Datengrundlage. Sie sind rasch und umfangreich verfügbar und reagieren flexibel auf Änderungen der Rahmenbedingungen. Darüber hinaus erscheint ihre Nutzung für Arbeitsmarktfragen überaus aussichtsreich. Eine Auswertung des IZA-Evaluationsdatensatzes hat ergeben, dass mehr als 86% der Arbeitslosen auch das Internet für ihre Jobsuche nutzen.² Fast jeder Stellensuchende hinterlässt also Spuren im Internet.

Googlemetrie kann einen wichtigen Beitrag dazu liefern, die immer mehr an Relevanz gewinnenden Suchaktivitäten im Internet für Verhaltensanalysen und Prognosen messbar zu machen. Zuvor wurden die Google-Daten

² Das ist mehr als bei jeder anderen Alternative. Mögliche (nicht ausschließende) Alternativen sind u.a. (i) Freunde und Familie (84%), (ii) Zeitungsanzeigen (83%) und (iii) Arbeitsagentur (70%). Die Arbeitsagentur ermöglicht ihren Kunden bei sich ebenfalls den Zugang zum Internet. Vgl. Caliendo et al. (2009), The IZA Evaluation Dataset. IZA, Bonn, mimeo.

» In dieser Ausgabe

IZA AUF TOUR 2009

Im Rahmen einer „Tour“ durch zahlreiche internationale Metropolen stellt das IZA aktuelle Forschungsergebnisse zu den Arbeitsmarktwirkungen der EU-Osterweiterung vor und wirbt für eine vorausschauend agierende Migrationspolitik unter ökonomischen Vorzeichen. [Seite 5](#)

AUTOMATISCHE STABILISATOREN

Ein aktuelles IZA-Forschungspapier geht der Frage nach, welche Rolle die in der fiskalpolitischen Diskussion oft vernachlässigten „automatischen Stabilisatoren“ in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise spielen. [Seite 7](#)

HAUSHALTE UND UNGLEICHHEIT

Der demografische Trend hin zu einer immer geringeren durchschnittlichen Personenzahl pro Haushalt hat einen bedeutenden Anteil daran, dass die Einkommensschere in Deutschland weiter auseinander gegangen ist. [Seite 10](#)

PRO UND CONTRA MINDESTLOHN

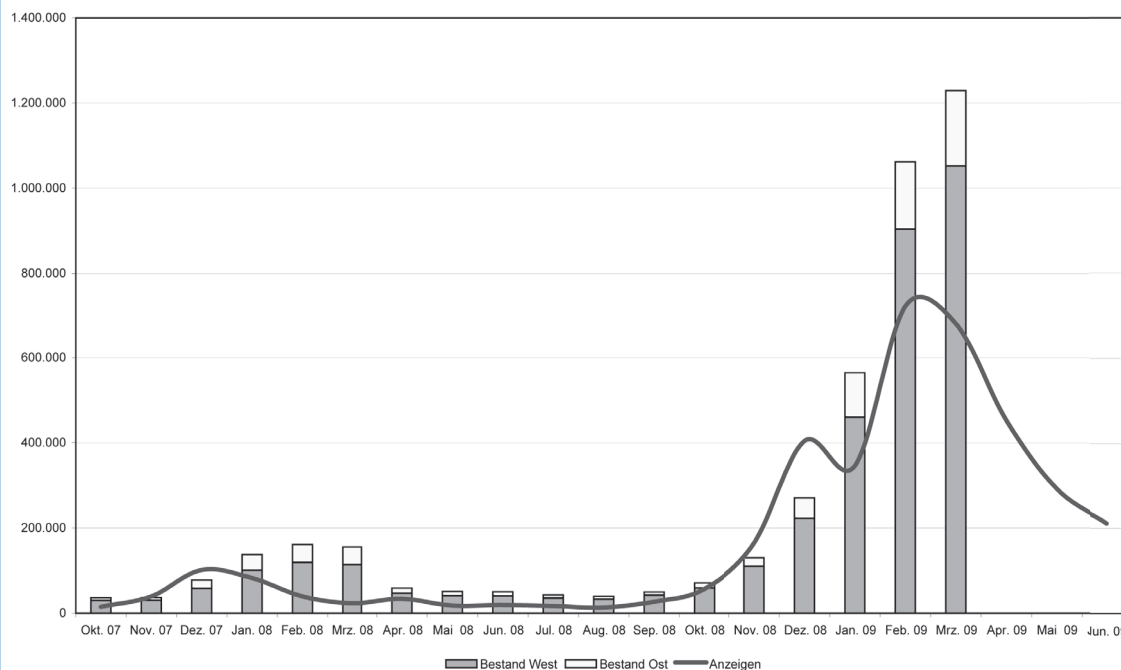
Internationale Wissenschaftler und politische Entscheidungsträger kamen auf Einladung des IZA in Berlin zusammen, um das auch unter Ökonomen umstrittene Thema Mindestlohn systematisch zu beleuchten und den politischen Handlungsbedarf zu klären. [Seite 11](#)

FORMELLE UND INFORMELLE ARBEIT

Die vierte IZA/Weltbank-Konferenz zu Beschäftigung und Entwicklung widmete sich in diesem Jahr in Bonn den Ursachen und Wirkungsweisen informeller und formeller Arbeit in Entwicklungsländern. [Seite 15](#)

¹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 16. August 2009, S. 29.

Abbildung 1: Arbeitnehmer in Kurzarbeit und Anzeigen von Kurzarbeit (Oktober 2007 - Juni 2009)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen. Hinweis: Anzeigen von Kurzarbeit sind Meldungen der Firmen.

meter derzeit drei alternative Indikatormodelle zur Prognose der Arbeitslosenquote unter Benutzung diverser Schlüsselwörter:

1. Arbeitsamt, Stellensuche (Google 1)
2. Arbeitsamt, Stellensuche, Kurzarbeit (Google 2)
3. Arbeitsamt, Stellensuche, Kurzarbeit (Google 3).

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit lässt sich in einer ex post-Betrachtung mit diesen wenigen Variablen sparsam und statistisch sehr

bereits im Zusammenhang mit den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Herbst 2008 bzw. in Bezug auf Grippeepidemien ausgewertet.³

Das Verhaltensmodell

In einem grundlegenden Beitrag von Nikos Askitas (IZA) und IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann wird ein ökonometrisches Konzept vorgestellt, das die Suchaktivitäten im Internet für Verhaltensanalysen und Prognosen nutzbar macht und konkret auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bezieht.⁴ Weitere Studien der beiden Autoren dokumentieren und untersuchen die bisherigen Prognoseerfahrungen mit dem IZA-Arbeitslosigkeitsbarometer.⁵

Die monatliche Arbeitslosenquote wird in der Regel am jeweiligen Monatsende durch die Bundesagentur für Arbeit offiziell bekannt gegeben. Sie korreliert am besten mit der Google-Internetaktivität der zweiten Hälfte des Vormonats. Dies lässt sich auch durch die Verwaltungsabläufe in der Bundesagentur für Arbeit belegen, die einen verzögerten Informationstransfer von der Entstehung bis zur Messung von Arbeitslosigkeit implizieren. Die Arbeitslosenquote wird stichtagsbezo-

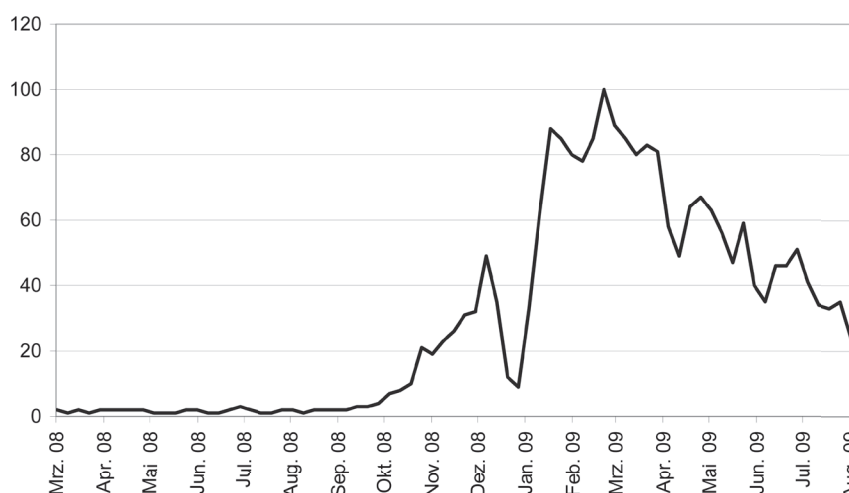
gen für die Monatsmitte ermittelt. Die zusammengefassten Wochendaten der zweiten Monatshälfte werden deshalb im IZA-Modell als Prädiktoren für die Arbeitslosenquote der Folgeperiode eingesetzt. Für die Indikatorbildung heißt dies, dass zum Zeitpunkt der amtlichen Bekanntgabe einer Arbeitslosenzahl auf Basis dieses Verfahrens bereits eine Prognose für den Folgemonat abgegeben werden kann. Der Informationsvorsprung beträgt also einen Monat.

Die Auswahl der Schlüsselbegriffe aus der Suchaktivität der Internetbenutzer ist natürlich von zentraler Bedeutung. Nach intensiver Prüfung diverser Alternativen verwendet das IZA-Arbeitslosigkeitsbarometer

zufriedenstellend erfassen. Die Internetaktivität bezüglich dieser Schlüsselwörter aus der zweiten Monatshälfte wird mit den Monatsangaben der Bundesagentur für Arbeit am Ende des Folgemonats für den abgelaufenen Monat verknüpft. Das Google-Datenmaterial ist seit Januar 2004 bis zum aktuellen Rand im Prinzip täglich verfügbar. Für das IZA-Arbeitslosigkeitsbarometer werden jedoch nur die Daten der zweiten Monatshälfte in aggregierter Form genutzt.

Die gegenwärtige komplexe Konjunktur- und Arbeitsmarktlage liefert einen idealen und anspruchsvollen Testrahmen für diesen innovativen Prognose-Ansatz. Zu-

Abbildung 2: Internetzugriffe auf Kurzarbeit



Quelle: Google Insights, eigene Berechnungen.

Hinweis: Wöchentliche Angaben der Suchaktivitäten im Internet.

³ Vgl. Constant, A. und Zimmermann, K. F. (2008): Im Angesicht der Krise: US-Präsidentschaftswahlen in transnationaler Sicht, DIW Wochenbericht 44, 688-701, bzw. Ginsberg, J. et al. (2009): Detecting Influenza Epidemics using Search Engine Query Data, Nature 457, 1012-1014.

⁴ Vgl. Askitas, N. und Zimmermann, K.F. (2009): Google Econometrics and Unemployment Forecasting, Applied Economics Quarterly, 55, 107-120.

⁵ Vgl. u.a. Askitas, N. und Zimmermann, K.F. (2009): Googlemetrie und Arbeitsmarkt, Wirtschaftsdienst, 7, 489-496.

nächst zeigt sich in Abbildungen 1 und 2, dass die wöchentlich gemessenen Internetzugriffe auf den in der akuten Krisenphase besonders relevanten Begriff „Kurzarbeit“ mit den Meldungen von Kurzarbeit durch die Firmen hoch korrelieren. Die Internetzugriffe bieten allerdings wegen der kürzer gemessenen Zeitfrequenz und ihrer unmittelbaren Verfügbarkeit direkt nach Ende des Untersuchungszeitraums entscheidende Vorteile. Offensichtlich ist das öffentliche Interesse im Verlauf des Dezembers zunächst zurückgegangen und stieg erst im neuen Jahr auf ein hohes Niveau, das im Februar und März anhielt. Seither geht auch dieser Indikator zurück.

Methodische Erläuterungen

Das IZA-Arbeitslosigkeitsbarometer verwendet die Google-Zugriffsstatistik von Internetnutzern nach Schlüsselworten und ihre Validierung mittels ökonomischer Verfahren, bei denen die Google-Daten auf die Zielvariable, hier die amtliche monatliche (nicht saisonbereinigte) Arbeitslosenquote regressiert wird. Hierzu werden aus der Liste potenziell relevanter Prognose-determinanten mittels eines statistischen Verfahrens die optimale ökonometrische Spezifikation und die nützlichen Prognosevariablen (oder Schlüsselworte) ausgewählt.

Dabei werden so genannte Fehlerkorrekturmodelle eingesetzt, wie sie heute in der Zeitreihenökonometrie üblich sind. Mit einem Fehlerkorrekturmodell wird die kurzfristige Dynamik eines sonst langfristig gleichgewichtigen Systems ausgewiesen. Voraussetzung für die Anwendung eines solchen Ansatzes ist, dass die betrachteten Zeitreihen zueinander kointegriert sind. In der Praxis haben sie meist einen ungefähren Gleichlauf über die Zeit.

Bei diesem Standardansatz wird die jährliche Veränderung der Arbeitslosenquote auf ihre 12. Verzögerung regressiert, und bei jeder weiteren Regressorvariablen ist ihre jährliche Veränderung sowie ihre 12. Verzögerung berücksichtigt:

(1)
$$\Delta Y_t = \alpha + \beta Y_{t-12} + \sum_{i=1}^k (\gamma_i \Delta X_{i,t} + \delta_i X_{i,t-12})$$

mit $\Delta Y_t = Y_t - Y_{t-12}$; $\Delta X_t = X_t - X_{t-12}$; Δ : Differenzoperator der Länge 12 und $t = 1, 2, \dots, n$

Die Autoren benutzen die saisonunbereinigte Arbeitslosenquote; die 12. Differenzbildung sorgt automatisch für eine Saisonbereinigung.

Für die Modellauswahl wird das bekannte Bayessche Informationskriterium (BIC) verwendet. In dieses Maß fließen sowohl die Güte der Anpassung des geschätzten Modells an das vorliegende Datenmaterial als auch die jeweilige Komplexität des Modells ein. Letztere wird an der Anzahl der Parameter gemessen. Dieses Maß erlaubt die Selektion des für einen Untersuchungszeitraum besten Modells durch einen direkten Vergleich der BIC-Maße. Eine höhere Anzahl an Parametern führt generell zu einem höheren BIC, sodass bei gleicher Anpassungsgüte sparsame Erklärungsmodelle bevorzugt werden.

(2)
$$BIC = m \ln \left(\frac{FQS}{m} \right) + q \ln(m)$$

FQS: Fehlerquadratsumme des geschätzten Regressionsmodells mit $m = 1, 2, 3, \dots, n-12$ Stichprobenumfang, genutztes Datenmaterial
q: Zahl der geschätzten Parameter

Gleichung (2) bezieht sich auf den gesamten Schätzbereich der Daten und ist eine ex post-Betrachtung.

Die Modellgüte wird aber auch daran gemessen, ob der Schätzansatz ex ante für einen bestimmten Prognosezeitraum einen geringen Fehler macht. Dazu schätzt man

das Modell für einen gewissen Zeitraum der Vergangenheit, prognostiziert außerhalb der Stichprobe eine Periode voraus und vergleicht die Prognose mit der Realität. Dann addiert man die neue Periode, schätzt das Modell neu, macht eine Prognose für die Folgeperiode usw. Zur Bewertung der Modellgüte wird dann der Mittlere Absolute Prognosefehler (oder Mean Absolute Error, MAE) herangezogen:

(3)
$$MAE = \frac{1}{T} \sum_{t=1}^T |Y_t - Y_t^*|$$

T: Zahl der Ein-Schritt-Prognosen, wobei Y_t^* die Prognose von Y_t ist.

Es ist aus der Zeitreihenökonometrie bekannt, dass die Modellauswahl aufgrund des BIC nicht mit der Bewertung als bestes Modell durch den MAE übereinstimmen muss.

Modellauswahl

Tabelle 1 enthält eine Auswertung der geschätzten Modelle. Dabei wird bei diesem Standardansatz die jährliche Veränderung der Arbeitslosenquote auf ihre 12. Veränderung regressiert, und bei jeder weiteren Regressorvariablen ist ihre jährliche Veränderung und ihre 12. Verzögerung berücksichtigt. Drei allein auf Google-Daten

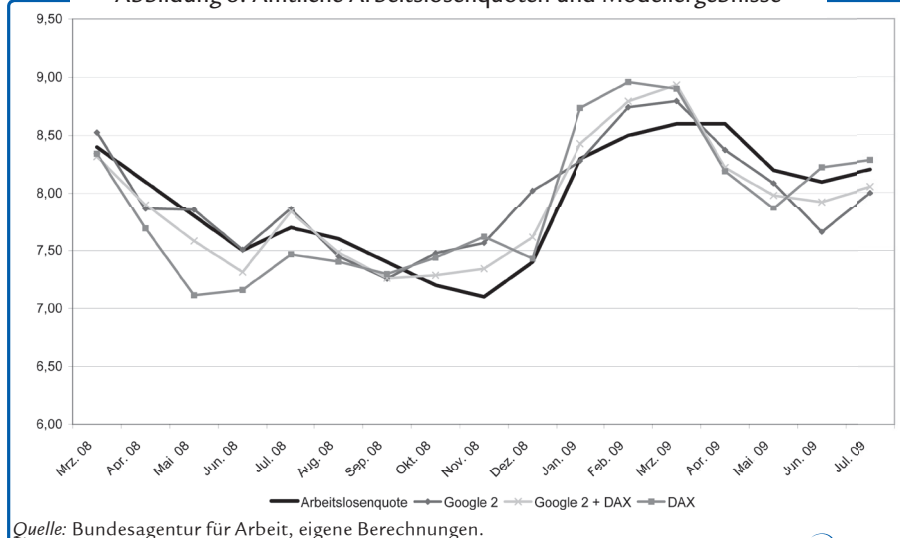
Tabelle 1: Auswertung der Regressionsmodelle und Ein-Schritt-Prognosen

Modell	Arbeitsamt	Kurzarbeit	Stellensuche	DAX	R ² -a	BIC	MAE
Google 1	L*** + K +		L*** - K* -		0.885	62.138	0.424
Google 2	L*** + K +	L** + K*** +	L*** - K** -		0.939	32.911	0.395
Google 3		L*** + K*** +	L*** - K -		0.925	38.823	0.446
Google 1 + DAX	L*** + K +		L*** - K*** -	L*** - K*** -	0.955	17.175	0.261
Google 2 + DAX	L** + K +	L + K*** +	L*** - K*** -	L*** - K -	0.968	4.292	0.309
Google 3 + DAX		L + K*** +	L*** - K*** -	L*** - K** -	0.957	16.177	0.396
DAX Prognose				L*** - K*** -	0.906	47.275	0.314
AVG (Google 1, DAX)							0.280
AVG (Google 2, DAX)							0.217
AVG (Google 3, DAX)							0.278

Quelle: Arbeitsamt.de, Ifo-Institut und Google Insights. Die benutzte amtliche monatliche Arbeitslosenquote ist saisonunbereinigt. Die genaue Abgrenzung der Schlüsselworte ist: „Arbeitsamt“ = (Arbeitsamt OR Arbeitsagentur); „Stellensuche“ = (Stepstone OR Jobworld OR Jobsout OR Meinestadt OR meine Stadt OR Monster Jobs OR Monster de OR Jobboerse); „Kurzarbeit“ = (Kurzarbeit).

Hinweis: Die Regressionsmodelle nach Gleichung (1) wurden mit Monatsdaten für die Periode Januar 2005 bis Mai 2009 nach der Methode der kleinsten Quadrate geschätzt. K repräsentiert die Veränderung, L die 12. Verzögerung der jeweiligen Variablen. +, - ist das Vorzeichen des geschätzten Koeffizienten und * nennt sein statistisches Signifikanzniveau (* P < 0,05, ** P < 0,01, **** P < 0,001). Die Ein-Schritt-Prognosen wurden für den Zeitraum März 2008 bis Juni 2009 durchgeführt. R²-a ist das korrigierte Bestimmtheitsmaß, BIC das Bayessche Informationskriterium, MAE der mittlere absolute Fehler und AVG die Mittelwerte der entsprechenden Prognosen.

Abbildung 3: Amtliche Arbeitslosenquoten und Modellergebnisse



basierende Auswertungen (Google 1 bis Google 3) werden zwei alternativen Modellen gegenüber gestellt: Im einen Modell wird der DAX als auch in Arbeitsmarkthin-sicht brauchbarer Indikator herangezogen (DAX-Prognose), im zweiten Modell wird er in einer Kombination mit den Google-Daten verwendet (Google 1 + DAX bis Google 3 + DAX).

In Tabelle 1 finden sich ferner das korrigierte Bestimmtheitsmaß R^2 -a und das Bayessche Informationskriterium (BIC) zur Auswahl der besten im Analysezeitraum gefundenen Spezifikationen. Die Gesamtpomformance der Modelle ist sehr gut. Die Google-Daten schlagen dabei das DAX-Modell in jeder Spezifikation deutlich, wie diese Maße klar anzeigen.⁶ Google 2 mit den Regressoren Arbeitsagentur, Jobsuche, Kurzarbeit erweist sich dabei als das beste Google-Modell im Untersuchungszeitraum. Es wird aber auch klar, dass eine gemeinsame Regression der Google-Daten mit dem DAX noch erhebliche weitere Verbesserungen liefert. Das Modell Google 2 + DAX, in dem der DAX als weiterer Regressor hinzukommt, liefert die besten Verbesserungsmöglichkeiten.

In Abbildung 3 sind die ex post-Prognosen der besten Modelle in jeder Klasse (Google 2, DAX, Google 2 + DAX) der Entwicklung der Arbeitslosigkeit gegenübergestellt. Die Modelle bilden die Entwicklung grundsätzlich gut ab. Dabei wird zu Beginn der Krise Ende 2008 der Anstieg der Arbeitslosigkeit überschätzt, danach wird ihr Niveau unterschätzt. Dabei zeigen sich bei der Richtung keine erheblichen Performance-Unterschiede.

Allerdings ist bekannt, dass sich die Performance von Prognosemodellen erheblich anders darstellen kann, wenn man die Güte

der Ein-Schritt-Prognosen dieser Modelle betrachtet. Für die Auswertung der Qualität der Ein-Schritt-Prognosen wird in Tabelle 1 MAE definiert als mittlerer absoluter Prognosefehler angegeben. Zunächst ist jetzt die DAX-Prognose allen reinen Google-Modellen (Google 1 bis Google 3) überlegen. Dies ist allerdings nur deshalb der Fall, weil das Google-Modell im Februar 2009 einen außergewöhnlichen Fehler erzeugt hat, der vor allem darauf zurückgeführt werden kann, dass sich trotz der Ausweitung von Kurzarbeit auch die Suchaktivitäten der Internetnutzer in Bezug auf neue Jobs deutlich intensiviert haben.

Verwendet man Google und DAX in einer Regression (Google + DAX), so reduziert sich der Fehler erheblich, beim Google + DAX-Modell im Vergleich zum reinen DAX-Modell um 24%. Weit geringere MAEs erhält man allerdings, wenn man die Prognosen aus den reinen Google und DAX-Modellen einfach mittelt (s. die AVG-Zeilen in Tabelle 1). Auch dies ist ein bekanntes Verfahren. Stützt man sich auf die beste Variante,

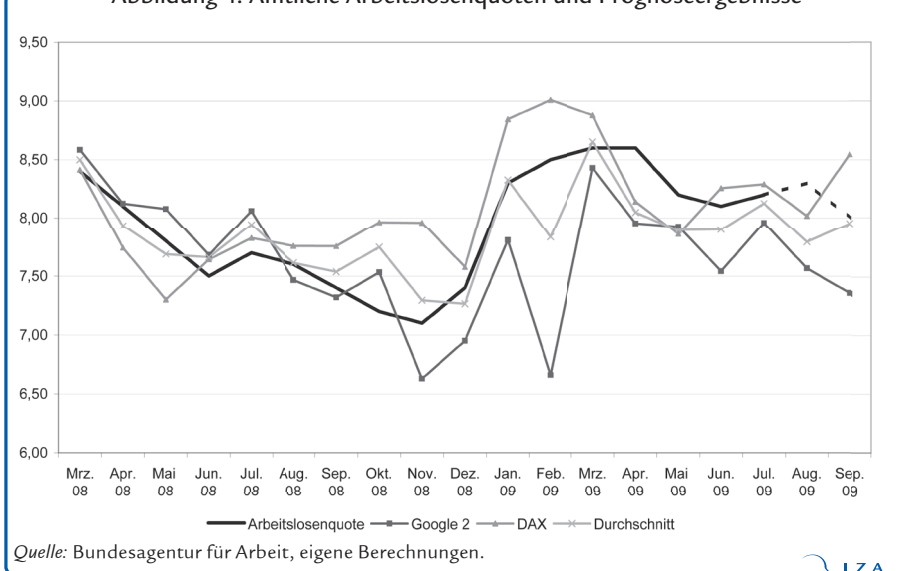
Google 2 + DAX, mittelt also einfach die Prognosen aus der DAX-Regression und der Google-Regression (mit Arbeitsagentur, Stellensuche, Kurzarbeit), so reduziert sich der Fehler im Vergleich zum reinen DAX-Modell gar um 37%.

Anwendungsbeispiel: Prognosen für August und September 2009

Wendet man die beschriebenen Verfahren nun beispielhaft auf die Monate August und September 2009 an und beschränkt sich dabei auf die alternativen Modelle DAX-Prognose und Google 2 sowie ihre gemittelte Variante, dann erhält man folgendes Ergebnis: Zwar schlägt Google 2 + DAX, das gemeinsame ökonomische Modell unter Verwendung der Google- und DAX-Daten, die getrennten Modelle für die Ein-Schritt-Prognosen, aber der Mittelwert der Ein-Schritt-Prognosen aus den beiden getrennten Modellen im Untersuchungszeitraum ist besser als die Ein-Schritt-Prognosen von Google 2 + DAX.

Die Prognosen für August ergeben sich dabei aus den vorliegenden Google-Daten für die zweite Monathälfte im Juli und dem DAX-Wert vom 3. August. Zur Erprobung der Leistungsfähigkeit des IZA-Arbeitslosigkeitsbarometers wurde zu diesem Zeitpunkt darüber hinaus auch eine weitere Prognose für den Monat September erstellt. In Ermangelung der naturgemäß zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorliegenden Angaben für die Regressoren aus dem Monat August wurden diese Regressoren mit Zeitreihenverfahren für August fortgeschrieben. Das ist für den DAX naturgemäß problematisch, da sich sein Wert vor allem aus dem Fehlerterm (den sogenannten Innovationen) ergibt. Insoweit ist die auf diese Weise ermittelte DAX-Prognose eher explorativer Natur. Dies muss bei der

Abbildung 4: Amtliche Arbeitslosenquoten und Prognoseergebnisse



⁶ Ein Modell ist umso besser, je größer R^2 und je kleiner BIC ist.

Bewertung der Septemberprognose im hier präsentierten Anwendungsbeispiel besonders berücksichtigt werden.

Abbildung 4 enthält die Ein-Schritt-Prognosen der betrachteten Modelle und die Realisationen sowie die Ergebnisse am aktuellen Rand. Die Prognosen mit dem reinen Google-Modell liegen seit November 2008 systematisch unter der tatsächlichen Entwicklung, wohingegen die Prognosen des DAX-Modells seit Mitte letzten Jahres meistens über den tatsächlichen Werten liegen. Im Mittel heben sich diese Fehler weitgehend auf, mit einer gewissen Tendenz zur Unterschätzung am aktuellen Rand.

Prognosefehler gehören zu allen wissenschaftlichen Verfahren. Im Gegensatz zu anderen Barometermodellen, bei denen kein direkter quantitativer Bezug zu einer Zielvariablen gesucht wird, kann man hier Prognosefehler direkt ablesen. Das ist ein Härtestest, dem sich andere Ansätze entziehen. Der ex post-Erklärungsgrad (vgl. Abbildung 3) für die Google-Daten ist ohnehin sehr gut. Die Google-Daten haben den fallenden Trend von März bis November 2008 gut getroffen; sie haben den Anstieg

der Arbeitslosigkeit bis März 2009 abgebildet (mit Ausnahme der durch die Kurzarbeit im Februar gekennzeichneten Fehleinschätzung) und auch den anschließenden Rückgang.

Bei der August-Prognose zeigt sich, dass beide Indikatoren von einer Verringerung der Arbeitslosigkeit ausgehen. Dies steht im Einklang mit dem üblichen saisonalen Muster. Zwar wurde dieses Muster durch die amtliche Statistik in diesem Monat in der Tendenz kurzfristig durchbrochen, kehrte jedoch in den beiden Folgemonaten prompt wieder zu ihm zurück. Dies stärkt die Annahme, dass sich der Arbeitsmarkt auch im Restverlauf des Jahres eher gemäßigt entwickeln wird.

Fazit

Das IZA-Arbeitslosigkeitsbarometer stützt sich auf innovative Weise auf Daten zur Suchaktivität von Google Insight. Es berücksichtigt somit rasch verfügbare Informationen, deren Erklärungskraft für die Arbeitslosigkeit im Untersuchungszeitraum beeindruckend ist – auch im Vergleich zu respektablen anderen Alternativen und über

einen längeren Untersuchungszeitraum von 2005 bis 2009 betrachtet. Das Modell ist in der Lage, die amtliche Arbeitslosenquote vorherzusagen. Bis einschließlich Januar 2008 sind diese Vorhersagen auch eine Periode voraus sehr gut. Erst mit der Einführung der Kurzarbeit und dem Einsatz anderer Arbeitsmarktpolitiken ab Februar 2009 wird das Instrument unsicherer.

Mit der Entwicklung des IZA-Arbeitslosigkeitsbarometers wurde ökonomisches Neuland betreten. Immer mehr Menschen nutzen das Internet, insbesondere auch für die Arbeitsplatzsuche. Das Potenzial dieses Ansatzes ist aber noch umfassender: Googlemetrie kann sich zu einer wissenschaftlichen Subdisziplin herausbilden, die Internetdaten zur Formulierung und Beantwortung von Fragen nutzt, die mit den üblichen empirischen Daten so nicht beantwortet werden können. Auf diese Weise kann Googlemetrie einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die immer mehr an Relevanz gewinnenden Suchaktivitäten im Internet für Verhaltensanalysen und Prognosen messbar zu machen.

EU-Osterweiterung, Arbeitsmärkte und Wirtschaftskrise

Das IZA auf Tour: Buchvorstellung in wichtigen internationalen Metropolen

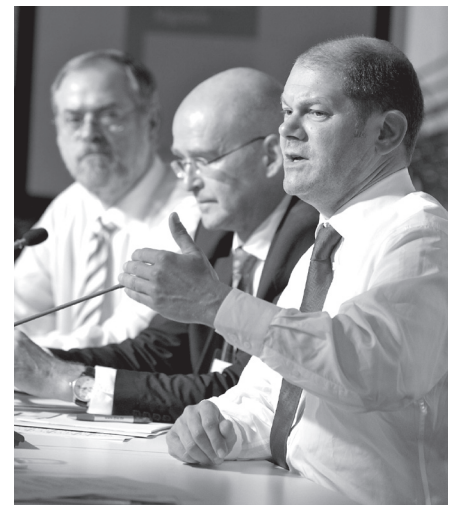
Ein neues IZA-Buch räumt mit den bestehenden Vorurteilen gegenüber der Ost-West-Migration in Europa gründlich auf: Die nach den EU-Erweiterungsrunden 2004 und 2007 eingetretenen Ost-West-Wanderungsbewegungen haben den Arbeitsmärkten der Zielländer in der alten EU nicht geschadet, sondern sie tendenziell eher stimuliert. In den neuen EU-Staaten sind sowohl Probleme infolge von Arbeitskräfteabwanderungen als auch Chancen in Form von Rückkehrmigration, Rücküberweisungen und Entlastungseffekten für die von der aktuellen Wirtschaftskrise betroffenen Arbeitsmärkte vorhanden.

Die nach wie vor in manchen Ländern geltenden Einschränkungen der Freizügigkeit haben sich eher zum Nachteil dieser Volkswirtschaften ausgewirkt. Insgesamt hat die Wirtschaft der Europäischen Union von der Osterweiterung klar profitiert. In der aktuellen Wirtschaftskrise kann gerade die Migration von Arbeitskräften einen wichtigen Beitrag zur Abfederung und Überwindung der ökonomischen Rückschläge leisten. Der von *Klaus F. Zimmermann* und *Martin Kahanec* herausgegebene Band „EU Labor Markets After Post-Enlargement Migration“ ist soeben im Springer Verlag erschienen.

Das IZA informiert über die für die aktuelle politische Diskussion relevanten Forschungsergebnisse derzeit im Rahmen einer „Tour“ durch zahlreiche europäische Hauptstädte und fand auch in den USA bereits viel Resonanz.

Berlin: Bundesarbeitsminister und IZA werben für Arbeitsmigration

Deutschland steht mit seiner Politik fortgesetzter Freizügigkeitsbeschränkungen innerhalb der EU mit Österreich isoliert da, hat diese Haltung jedoch erst zuletzt wieder gegenüber der EU bekräftigt. Auf diese Weise sind, wie das Buch verdeutlicht, Chancen für Arbeitsmarktimpulse und Wohlfahrtsgewinne aus Zuwanderung verspielt worden. Darüber hinaus wurde „sehenden Auges“ in Kauf genommen, dass sich hochqualifizierte Migranten für andere Zielländer entschieden haben. Anlässlich eines Berlin Lunchtime Meetings am DIW Berlin diskutierten Klaus F. Zimmermann und Martin Kahanec am 24. Juni 2009 mit Bundesarbeitsminister *Olaf Scholz* und geladenen Gästen über die Widersprüchlichkeiten der deutschen Zuwanderungspolitik. Zu ihnen zählt auch, dass Deutschland seit Jahresanfang 2009 mit dem Arbeits-



Klaus F. Zimmermann,
Thomas Hanke, Olaf Scholz

migrationssteuerungsgesetz entgegen der offiziellen Verlautbarungen sehr wohl über ein Instrument zur Regelung der Einreise von qualifizierten Arbeitsmigranten auch aus den Staaten Mittel- und Osteuropas verfügt. Bundesminister Scholz verwies auf die hiermit gegebenen Spielräume für eine am Fachkräftebedarf orientierte Zuwanderung. IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann begrüßte diesen Schritt des Gesetzgebers

ausdrücklich, kritisierte aber zugleich, dass die Möglichkeiten des neuen Gesetzes bislang kaum bekannt seien und Deutschland endlich beginnen müsse, aktiv um „die Besten“ zu werben.

Brüssel: IZA und EU-Kommission betonen Bedeutung von Freizügigkeit

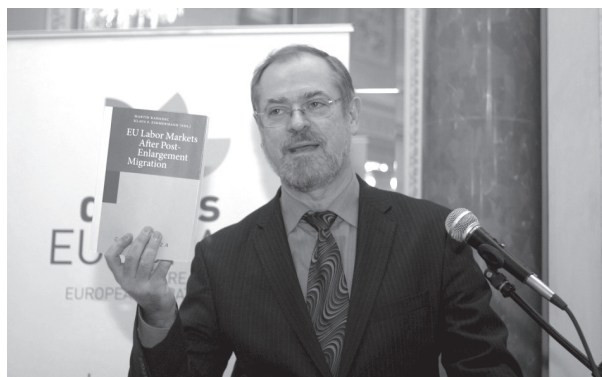
In Kooperation mit der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der EU-Kommission vertrat das IZA am 25. Juni am Sitz der Behörde in Brüssel seine Position zur freien Arbeitskräftemobilität als Antwort auch auf die Wirtschaftskrise vor hochrangigen Vertretern der Brüsseler Politik. Dabei wurde das hohe Maß an Übereinstimmung zwischen IZA und den EU-Akteuren deutlich. *István Pál Székely* (Direktor, Direktorat A Ökonomische Studien und Forschung) und *Karl Pichlmann* (Koordinator Beraterstab Direktorat A) betonten den hohen Stellenwert der vom IZA vorgelegten Analyseergebnisse für die weitere Arbeit der EU-Kommission.

Washington: Transatlantischer Dialog zu Migrationsfragen

Am Sitz des DIW DC in Washington stellte sich Klaus F. Zimmermann am 23. Juli den Fragen einer interessierten US-Öffentlichkeit zum Umgang Europas mit Migration. Im Rahmen einer intensiven Diskussion mit Vertretern aus Politik, Verbänden, Think Tanks, Wissenschaft und Medien hob Zimmermann hervor, dass die USA in näherer Zukunft mit Europa als ernsthaftem Wettbewerber um knappes Humankapital zu rechnen haben werden, auch wenn sich die EU erst noch an eine gemeinsame aktive Politik zur Förderung von Arbeitsmigration herantasten müsse. Neben DIW DC, dessen Direktorin *Amelie Constant* den IZA-Forschungsschwerpunkt Migration mit koordiniert, war das renommierte Center for Strategic and International Studies (CSIS) Gastgeber der Veranstaltung. Die Moderation übernahm *Sidney Weintraub* (CSIS). *Michael Hofmann* (Deutschlands Exekutivdirektor bei der Weltbank), *Matthias Sonn* (Leiter der Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft Washington), und *Stephan Richter* (Herausgeber des Online-Magazins „The Globalist“) zählten zu den Gästen einer Veranstaltung, die die Notwendigkeit eines engen transatlantischen Dialogs zu Migrationsfragen unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise unterstrich.

Stockholm: Analysen belegen ökonomische Vorteile durch Freizügigkeit

Die Tatsache, dass Schweden als einziger EU-Staat sowohl 2004 als auch 2007 seinen Arbeitsmarkt uneingeschränkt für Arbeitnehmer aus den beigetretenen neuen EU-Staaten geöffnet hat, macht Analysen der Arbeitsmarkteffekte dieser mutigen



Buchpräsentation in Warschau

Politik besonders wertvoll. Sie wurden für das neue Buch von IZA Research Fellow *Eskil Wadensjö* und *Christer Gerdes* (beide Universität Stockholm) beige-steuert. Ihren Studien zufolge hat Schweden von seiner Politik voller Freizügigkeit eindeutig profitiert und sich damit im Konzert der EU-Staaten einen Vorteil verschafft. Die Universität Stockholm war am 2. September Gastgeber einer Diskussionsveranstaltung mit Klaus F. Zimmermann und Martin



Andris Bērziņš, Klaus F. Zimmermann, Martin Kahanec, Mihails Hazans

Kahanec, an der auch zahlreiche Vertreter der schwedischen Politik teilnahmen. Die schwedische Staatssekretärin für Europafragen, *Maria Åsenius*, würdigte das IZA-Buch als willkommenen Beitrag zu einer Debatte um den Wirtschaftsfaktor Migration in Europa, der sich die Gemeinschaft weit über die aktuelle Wirtschaftskrise hinaus strategisch stellen müsse.

Dublin: Migration als Instrument der Krisenbewältigung

Irland hat seit 2004 die stärksten Zuzüge von Zuwanderern aus den neuen EU-Staaten verzeichnet und davon ähnlich wie Schweden durchweg profitiert. Zwar hat die Wirtschaftskrise das Land zwischen-

zeitlich besonders stark erfasst und zu ersten Rückwanderungen geführt, doch im Ganzen – so die im Buch dokumentierten Untersuchungen von IZA-Fellow *Alan Barrett* (Economic and Social Research Institute/ESRI) – sind die Arbeitsmarkteffekte der Zuwanderung für Irland vorteilhaft. Im Verlauf einer auch medial viel beachteten ESRI-Diskussionsveranstaltung am 3. September wies Klaus F. Zimmermann darauf hin, welch beachtlichen Impuls die Migration von qualifizierten Arbeitskräften zur Bewältigung und Überwindung der aktuellen Wirtschaftskrise leisten könne. Das gelte insbesondere auch für Irland. An der Diskussion beteiligten sich neben ESRI-Direktorin *Frances Ruane* und weiteren Wissenschaftlern von ESRI und verschiedenen Fakultäten des Trinity College Dublin auch zahlreiche Politikrepräsentanten und Botschaftsvertreter.

Riga: Brain Drain oder Brain Gain?

Lettland ist seit seinem EU-Beitritt von einer Auswanderungswelle betroffen, die sich aktuell infolge der Wirtschaftskrise noch einmal verstärkt hat. *Mihails Hazans* (University of Latvia) und *Kaia Philips* (University of Tartu) haben die Auswirkungen des EU-Beitritts auf die baltischen Arbeitsmärkte im Auftrag des IZA analysiert. Ihre Untersuchungen zeigen insbesondere für Lettland einen unbestreitbaren „Brain Drain“ durch die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte auf, dem zugleich sowohl ein „Brain Gain“ durch Rückkehrmigration als auch Vorteile durch Rücküberweisungen von Auswanderern gegenüberstehen. Innerhalb dieses Spannungsbogens wird nicht nur Lettland vor die Aufgabe gestellt sein,

seinerseits aktiv um Zuwanderung zu werben, um Fachkräfteknappheiten begegnen zu können, die gegenwärtig von der krisenhaften Entwicklung noch überdeckt werden. An einem von Hazans organisierten Diskussionsforum nahmen am 11. September in Riga sowohl der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des lettischen Parlaments und ehemalige Ministerpräsident, *Andris Bērziņš*, als auch die lettische Ministerin für Bildung und Wissenschaft, *Tatjana Koķe*, teil. Beide stimmten den Diagnosen des IZA-Buches zu und ordneten sie als Fingerzeig für die künftige Migrationspolitik der baltischen Staaten ein.

Warschau: IZA zu Gast im wichtigsten Herkunftsland der Migranten

Polnische Staatsangehörige stellen bei weitem den größten Anteil an Migranten aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten. Vor diesem Hintergrund präsentierte das IZA seine Forschungsergebnisse am 10. November an der Universität Warschau. *Paweł Świeboda* (Präsident, demosEUROPA – Centre for European Strategy) und *Marek Okólski* (Direktor, Centre of Migration Research, Universität Warschau) moderierten die Veranstaltung und würdigten den Beitrag des neuen IZA-Buches zum wissenschaftlichen und politischen Diskurs in

Polen und Europa. Zu den teilnehmenden Migrationsexperten zählten unter anderem *Paweł Kaczmarczyk* (stellvertretender Direktor, Centre of Migration Research und Autor des Buchkapitels über Polen), *Dariusz Stola* (Centre of Migration Research), *Marek Kupiszewski* (Direktor, Central European Forum for Migration Research) und *Marek Góra* (Warsaw School of Economics).

Das IZA wird seine „Tour“ durch europäische und außereuropäische Hauptstädte weiter fortsetzen, um für eine vorausschauend agierende Migrationspolitik unter ökonomischen Vorzeichen zu werben.



Martin Kahanec
Klaus F. Zimmermann
(Hrsg.)

EU Labor Markets After Post-
Enlargement Migration

Springer, Berlin et al. 2009
ISBN 978-3-642-02241-8

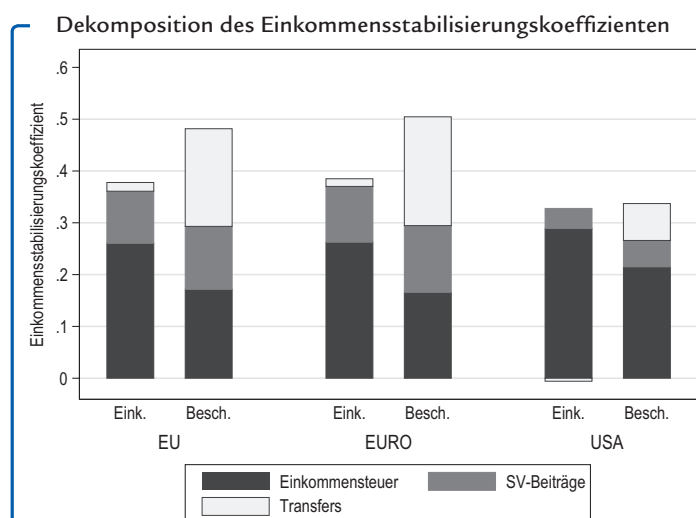
Wie wirken automatische Stabilisatoren in der Wirtschaftskrise? Ein Vergleich zwischen Europa und den USA

In der aktuellen Wirtschaftskrise wird fiskalpolitischen Mitteln eine große Bedeutung für die Stabilisierung der Wirtschaftsleistung beigemessen. Die internationale Debatte ist vor allem auf aktive Fiskalpolitik in Form von Stimuluspaketen fokussiert, die von den nationalen Regierungen in unterschiedlichem Umfang initiiert wurden. Dabei droht die Bedeutung der automatischen Stabilisatoren als ein weiterer Kanal fiskalischer Expansion in den Hintergrund gedrängt zu werden, obwohl davon auszugehen ist, dass sie einen elementaren Beitrag zur Stabilisierung der Volkswirtschaften leisten, der vielfach den Umfang aktiver finanzpolitischer Maßnahmen erreichen oder gar übertreffen dürfte.

In einem aktuellen IZA Discussion Paper gehen *Mathias Dolls* (Universität Köln und IZA), *Clemens Fuest* (University of Oxford und IZA) und *Andreas Peichl* (IZA) der Frage nach, welche Rolle die automatischen Stabilisatoren in der gegenwärtigen weltweiten Wirtschaftskrise spielen (*Mathias Dolls/Clemens Fuest/Andreas Peichl, Automatic Stabilizers and Economic Crisis: US vs. Europe. IZA Discussion Paper No. 4310*). Ein Charakteristikum dieses Kanals ist, dass er ohne jegliche Regierungsintervention wirkt. Dies ist dann der Fall, wenn die Regierungen auf krisenbedingt geringere Steuereinnahmen und erhöhte Sozialausgaben nicht mit Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen reagieren, sondern ein erhöhtes Defizit, zumindest temporär, in Kauf nehmen. Die Studie untersucht, in welchem Umfang die automatischen Stabilisatoren

bei einem stilisierten Einkommens- oder Beschäftigungsschock zur Stabilisierung der Wirtschaft beitragen und welche Unterschiede hier zwischen Deutschland, 18 weiteren europäischen Ländern und den USA bestehen.

stabilisierenden Effekt. Der zweite Faktor ist die Verbindung zwischen aktuellem verfügbarem Einkommen und der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Falls die Haushalte den Einkommenschock als temporär betrachten, ihre Nachfrage sich nach dem Konzept des permanenten Einkommens verhält und keine Kreditbeschränkungen vorliegen, wird die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen unverändert bleiben. Die Konsequenz wäre, dass die automatischen Stabilisatoren keinen Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hätten. In zahlreichen Analysen ist jedoch gezeigt worden, dass ein Teil der Haushalte kreditrationiert ist und sie ihre Konsumausgaben an das jeweilige verfügbare Einkommen anpassen. In diesem Fall trägt die Stabilisierung des verfügbaren Einkommens durch die automatischen Stabilisatoren zur Stärkung der Konsumnachfrage bei und ist neben der aktiven Fiskalpolitik eine zweite Säule der fiskalischen Expansion.



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf EUROMOD und TAXSIM

stabilisierenden Effekt. Der zweite Faktor ist die Verbindung zwischen aktuellem verfügbarem Einkommen und der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Falls die Haushalte den Einkommenschock als temporär betrachten, ihre Nachfrage sich nach dem Konzept des permanenten Einkommens verhält und keine Kreditbeschränkungen vorliegen, wird die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen unverändert bleiben. Die Konsequenz wäre, dass die automatischen Stabilisatoren keinen Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hätten. In zahlreichen Analysen ist jedoch gezeigt worden, dass ein Teil der Haushalte kreditrationiert ist und sie ihre Konsumausgaben an das jeweilige verfügbare Einkommen anpassen. In diesem Fall trägt die Stabilisierung des verfügbaren Einkommens durch die automatischen Stabilisatoren zur Stärkung der Konsumnachfrage bei und ist neben der aktiven Fiskalpolitik eine zweite Säule der fiskalischen Expansion.

Folgen von Beschäftigungs- und Einkommensschocks

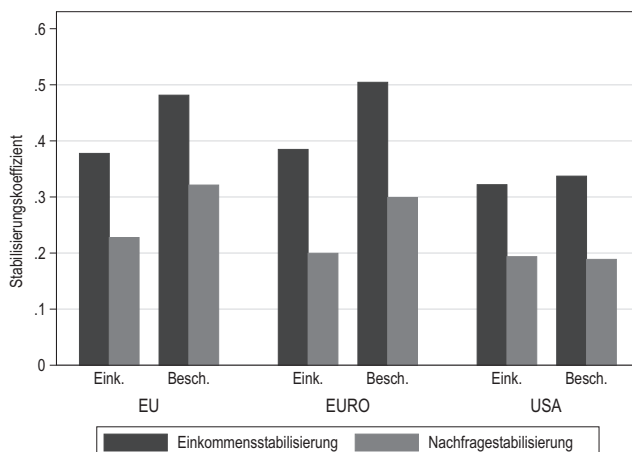
Die Berechnung der automatischen Stabilisatoren erfordert den Einsatz von Mikrosimulationsmodellen, welche basierend auf den Steuer- und Transfersetzen vor Beginn der Krise (01.01.2008) für repräsentative Haushalts-Mikrodatensätze Steuern und Transfers berechnen. Auf dieser Basis kann für die Mikroeinheiten aus den gegebenen Bruttoeinkünften das verfügbare Einkommen ermittelt werden. Für die 19

europäischen Länder der Analyse wird das europäische Mikrosimulationsmodell EUROMOD, für die USA TAXSIM verwendet. Berücksichtigt werden die Einkommensteuer, vom Arbeitnehmer zu zahlende Sozialversicherungsbeiträge sowie Transfers wie z.B. Arbeitslosengeld (die automatische Stabilisierung durch andere Steuerarten, insbesondere Konsumsteuern, Unternehmenssteuern und Arbeitgeberanteilen an den Sozialversicherungsbeiträgen wird ebenso wie die Auswirkungen eines veränderten Arbeitsangebots Gegenstand weiterer Untersuchungen der Autoren zu diesem Thema sein).

Als ein Maß für die automatischen Stabilisatoren wird ein Indikator berechnet, der die Schockabfederung durch die Regierung ins Verhältnis zum gesamten Einkommenschock setzt. Im einleitend genannten Beispiel würde dieser Indikator 0.4 betragen, da 40 Prozent des Einkommenschocks vom Steuer- und Transfersystem absorbiert würden.

Die Studie analysiert zwei stilisierte Makro-Schocks in Bezug auf Einkommen und Beschäftigung. Bei dem ersten Szenario handelt es sich um einen proportionalen Rückgang des Haushaltsbruttoeinkommens um fünf Prozent (Einkommenschock). Die proportionale Änderung des Bruttoeinkommens ist die übliche Herangehensweise in Simulationsstudien über automatische Stabilisatoren, um Schocks zu modellieren. Typischerweise ist in Wirtschaftskrisen jedoch zu beobachten, dass Haushalte asymmetrisch von den Folgen betroffen sind. Ein Teil der Bevölkerung erleidet Einkommensverluste durch Arbeitslosigkeit, während ein anderer Teil der Bevölkerung kaum von der Krise berührt ist, da Löhne in der kurzen Frist in der Regel rigide sind. Deshalb modelliert die Untersuchung ein zweites Szenario, in dem die Arbeitslosenquote um fünf Prozentpunkte erhöht wird (Beschäftigungsschock). Zunächst wird der Einfluss dieser Schocks auf das verfügbare Einkommen berechnet, anschließend das Vorliegen von Kreditbeschränkungen geschätzt.

Stabilisierungskoeffizient mit und ohne Kreditbeschränkungen



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf EUROMOD und TAXSIM.

Darauf aufbauend kann berechnet werden, in welchem Umfang die Stabilisierung des verfügbaren Einkommens zur Nachfragestabilisierung führt.

Automatische Stabilisatoren wirken auch innerhalb Europas unterschiedlich stark

Bisherige wissenschaftliche Analysen waren durchweg auf proportionale Einkommenschocks konzentriert; demgegenüber zeigt die jetzt vorliegende Studie, dass automatische Stabilisatoren bei einem Beschäftigungsschock, von dem die Haushalte asymmetrisch betroffen sind, unterschiedlich wirken. Dolls, Fuest und Peichl schätzen erstmals das Vorliegen von Liquiditätsbeschränkungen unter Nutzung von Haushaltsdaten für die EU. Dies ist von zentraler Bedeutung, wenn die Rolle der automatischen Stabilisatoren im Hinblick auf eine Stabilisierung der Nachfrage untersucht werden soll. Darüber hinaus beinhaltet die Studie eine Dekomposition der Stabilisierungseffekte bezüglich Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und

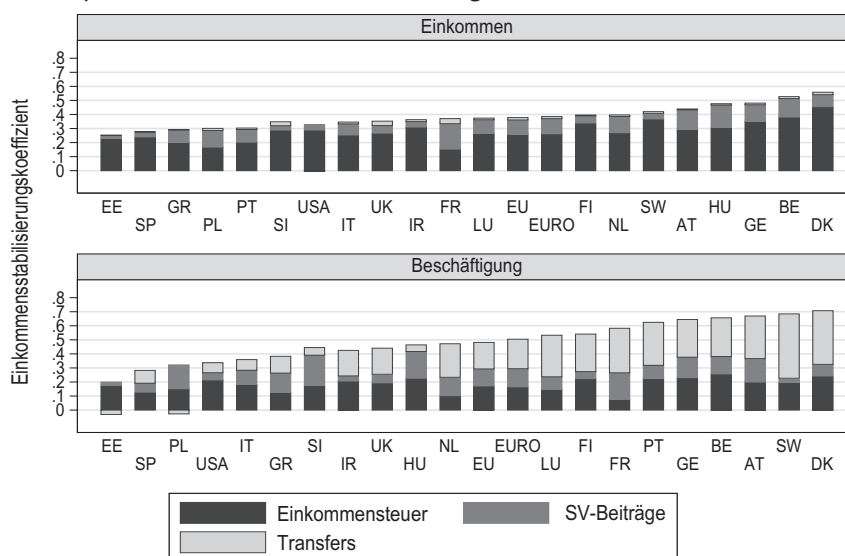
Transfers, ohne die bestehende Unterschiede zwischen den USA und Europa nicht erklärt werden können. Dabei werden im Unterschied zu anderen Studien auch Arbeitslosentransfers und Einkommensteuern auf US-Bundesstaatenebene berücksichtigt. Die Schätzungen für die automatischen Stabilisatoren in den USA fallen damit insgesamt höher als in früheren Berechnungen aus. Die Autoren zeigen, dass die Stärke der automatischen Stabilisatoren wesentlich von der Art des Schocks abhängt. Im Fall eines proportionalen Einkommenschocks werden in der EU 38 Prozent, in den USA 32 Prozent

und in Deutschland 48 Prozent des Schocks absorbiert. Die Heterogenität innerhalb der EU ist mit Werten, die von 25 Prozent (Estland) bis zu 59 Prozent (Dänemark) reichen, sehr beträchtlich. Generell sind der Untersuchung zufolge die automatischen Stabilisatoren in Ost- und Südeuropa deutlich geringer als in kontinental- und nordeuropäischen Ländern.

Im Fall eines Beschäftigungsschocks, von dem die Haushalte asymmetrisch betroffen sind, ist der Unterschied zwischen der EU und den USA größer. Automatische Stabilisatoren in der EU absorbieren 48 Prozent des Schocks, wohingegen der stabilisierende Effekt in den USA lediglich 34 Prozent beträgt. Auch in diesem Szenario lässt sich eine große Heterogenität innerhalb der EU feststellen, wobei Deutschland mit einem Wert von ungefähr 65 Prozent deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt.

Welchen Einfluss hat die Glättung der Schocks auf die Nachfragestabilisierung?

Dekomposition des Einkommensstabilisierungskoeffizienten für verschiedene Länder



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf EUROMOD und TAXSIM.

Da Nachfragestabilisierung nur bei Haushalten mit eingeschränkter Liquidität erreicht werden kann, ergibt sich bei dieser Analyse folglich ein differenziertes Bild. Beim Einkommenschock beträgt der stabilisierende Effekt der automatischen Stabilisatoren auf die Nachfrage 23 Prozent in der EU und 19 Prozent in den USA. Diese Werte unterscheiden sich nicht sehr stark, der Wert für die USA entspricht sogar an-

nähernd dem für die Euro-Länder (20 Prozent). Mit einem Wert von 25 Prozent liegt die Stabilisierung in Deutschland knapp über dem EU-Durchschnitt. Beim Beschäftigungsschock gibt es auch hinsichtlich der Nachfragestabilisierung einen deutlichen Unterschied zwischen der EU und den USA. Die Differenz steigt auf 13 Prozentpunkte an (32 vs. 19 Prozent). Der US-Wert ist nahezu identisch zu dem beim Einkommenschock, für Deutschland ergibt sich ein Wert von 38 Prozent.

Diese Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass Sozialtransfers, insbesondere die in Europa eher großzügigen Systeme der Arbeitslosenversicherung, ein wichtiges Element bei der Stabilisierung des verfügbaren Einkommens und der Nachfrageglättung bilden. Außerdem erklären sie zu einem großen Teil die unterschiedlichen Ergebnisse für die EU und die USA. Dies wird durch die Dekompositionsanalyse der Stabilisierungswirkungen bestätigt. Im Fall des Beschäftigungsschocks werden in der EU allein 19 Prozent des Schocks durch Transfers abgefedert. Der Vergleichswert für die USA liegt bei lediglich 7 Prozent. Dagegen ist die Stabilisierung, die von der Einkommensteuer ausgeht (unter Berücksichtigung der Einkommensteuer auf Bundesstaatenebene in den USA), in der EU und den USA ähnlich.

Bedeutet dies, dass die US-Wirtschaft besonders stark von der jetzigen Wirtschaftskrise betroffen ist? Aus dem Umstand der größeren Lohnflexibilität in den USA lässt sich einerseits ableiten, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit dort schwächer ausfallen könnte als in der EU; der in der Studie modellierte proportionale Einkommenschock wäre dann das relevantere Szenario. Andererseits ist der amerikanische Arbeitsmarkt durch einen geringeren Beschäftigungsschutz gekennzeichnet, so dass Arbeitsplätze schneller abgebaut werden könnten. In der Tat lässt sich für den Zeitraum April 2008 bis April 2009 beobachten, dass die Arbeitslosenquote in den USA (+3.9 Prozentpunkte) stärker als im Euro-Bereich gestiegen ist. Dort lag der Anstieg für den genannten Zeitraum bei unter 2 Prozentpunkten.

Ein weiteres zentrales Ergebnis der Forschungsarbeit ist, dass sich die Stabilisierung des Haushaltskonsums beträchtlich von der des verfügbaren Haushaltseinkommens unterscheidet. Daraus folgen wichtige Implikationen für die Politik, insbesondere im

Hinblick auf die Fiskalpolitik. Da Haushalte mit niedrigen Einkünften mit einer höheren Wahrscheinlichkeit kreditrationiert sind und Einkommenssteigerungen also eher für den Konsum verwendet werden, sollten Politikmaßnahmen, die auf diese Haushalte zielen, höhere Stabilisierungseffekte erzielen. Falls nur wenige Haushalte kreditrationiert sind, werden Steuersenkungen keinen wesentlichen Beitrag zur Nachfragestabilisierung leisten. In diesem Fall sind direkte Investitionen durch den Staat der erfolgversprechendere Weg, um mit aktiver Fiskalpolitik auf eine Wirtschaftskrise zu reagieren.

Die Untersuchung zeigt ferner die große Heterogenität der Stabilisierungswirkungen durch die automatischen Stabilisatoren innerhalb Europas auf. Interessanterweise sind die ost- und südeuropäischen Länder durch geringe automatische Stabilisatoren gekennzeichnet. Aus einer Versicherungs-

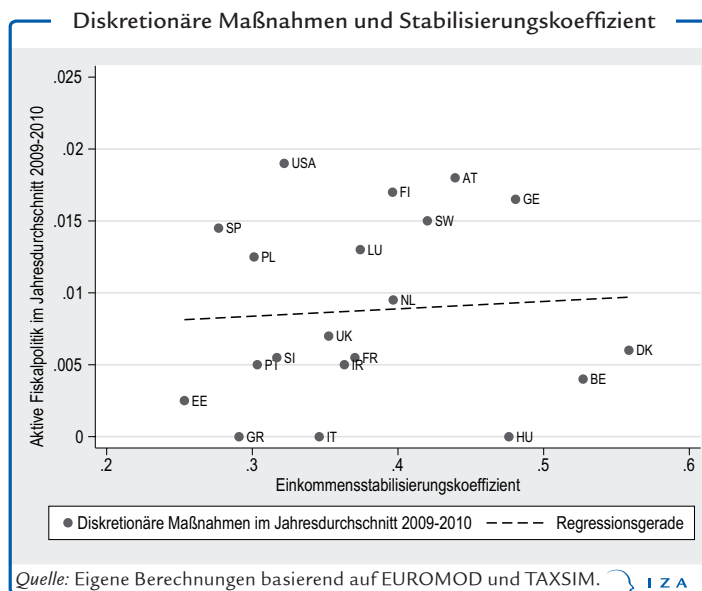
schaften. Auch finden die Autoren keinen Zusammenhang zwischen dem Umfang der jeweiligen nationalen Konjunkturpakete und dem Wirkungsgrad der automatischen Stabilisatoren. Staaten mit geringeren automatischen Stabilisatoren haben offensichtlich bislang nicht versucht, dies mit größeren Konjunkturprogrammen zu kompensieren.

Fazit: Politik sollte die Wirkung der Stabilisatoren stärker ins Kalkül ziehen

Die Autoren finden in ihrer Studie keinen Zusammenhang zwischen der Höhe der automatischen Stabilisatoren und der aktiven Fiskalpolitik zur Bekämpfung der aktuellen Wirtschaftskrise. Wenn geringe Stabilisatoren von den Regierungen offenbar (noch) nicht zum Anlass aktiver Politik genommen worden sind, so zeigt dies ein Problem bei der Steuerung der Fiskalpolitik auf. Gleichzeitig macht die Studie deutlich, dass es

keine Patentrezepte für konjunkturfördernde Maßnahmen geben kann, gerade weil die Stabilisatorwirkungen länderübergreifend so unterschiedlich sind. In der Debatte zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise wurde oftmals geäußert, die Länder sollten ihre Maßnahmen koordinieren und prozentual am BIP gemessen ähnlich große Stimuluspakete verabschieden, um eine höchstmögliche Effektivität der Fiskalpolitik zu erzielen und ein Free-rider-Verhalten aufgrund positiver Externalitäten großer Konjunkturpakete anderer Länder zu verhindern. Die Forderung einer verstärkten Koordination der Fiskalpolitik vernachlässigt jedoch die Wir-

kungsweise der automatischen Stabilisatoren. Aktive Fiskalpolitik muss sich immer an den unterschiedlichen institutionellen Gegebenheiten der existierenden Steuer- und Transfersysteme orientieren und deren Wirkungsweise beachten.



Betrachtungsweise ist dies überraschend, da ein geringeres Durchschnittseinkommen (und Vermögen) impliziert, dass Haushalte stärker von Einkommenschocks betroffen sind. Eine mögliche Erklärung für die niedrigen automatischen Stabilisatoren in diesen Ländern könnte sein, dass Länder mit geringeren Pro-Kopf-Einkünften tendenziell über kleinere Staatssektoren verfügen. Aus dieser Perspektive könnten schwächere automatische Stabilisatoren ein unbeabsichtigter Nebeneffekt einer geringeren Nachfrage nach Staatsaktivität sein, Umverteilung inbegriffen. Ein Erklärungsansatz, demzufolge offenere Volkswirtschaften schwächere automatische Stabilisatoren haben, da andere Länder stark von der inländischen Nachfrage profitieren, wird durch die Studie nicht bestätigt, zumindest nicht in Bezug auf die einfache Korrelation zwischen den Stabilisierungskoeffizienten und Koeffizienten für die Offenheit von Volkswirt-



Mathias Dolls
Clemens Fuest
Andreas Peichl

**Automatic Stabilizers and
Economic Crisis: US vs. Europe**
IZA Discussion Paper No. 4310

Mehr Ungleichheit durch kleinere Haushalte?

Einfluss der Haushaltsstruktur auf die Einkommensverteilung in Deutschland

Die Einkommensungleichheit ist in Deutschland während der letzten 20 Jahre sehr deutlich gestiegen. Doch zu welchem Anteil lässt sich der Trend der zunehmenden Einkommensspreizung dadurch erklären, dass die Menschen in Deutschland immer häufiger in kleineren Haushalten leben? Dieser Frage gehen die IZA-Forscher *Andreas Peichl*, *Nico Pestel* und *Hilmar Schneider* in zwei aktuellen Veröffentlichungen nach (IZA Discussion Paper No. 4197, IZA Standpunkte No. 18). Sie kommen zu dem Ergebnis, dass der demografische Trend hin zu einer immer geringeren durchschnittlichen Personenzahl pro Haushalt nicht unerheblich dazu beigetragen hat, dass die Einkommensschere immer weiter auseinander gegangen ist.

Immer mehr kleine Haushalte

Die Entwicklung der durchschnittlichen Zahl von Personen, die in einem Haushalt zusammen leben, ist in Deutschland bereits seit vielen Jahren stark rückläufig. Nach Schweden weist Deutschland die geringste durchschnittliche Haushaltsgröße unter den Ländern der OECD auf: Im Jahr 2005 zählte jeder Haushalt im Schnitt gut 2,1 Personen, in Ostdeutschland sind es sogar weniger als zwei Personen. Dabei ist ausschließlich die Zahl der Ein- und Zwei-Personen-Haushalte stark gestiegen. Die Zunahme der Zwei-Personen-Haushalte hängt einerseits damit zusammen, dass die Zahl der kinderlosen Paare steigt und andererseits die gestiegene Lebenserwartung zu einer wachsenden Zahl von Zwei-Personen-Haushalten im Alter führt. Der Zuwachs bei den Ein-Personen-Haushalten ist auf eine Zunahme des Scheidungsrisikos und eine sinkende Heiratsneigung zurückzuführen.

Haushaltsstruktur beeinflusst Einkommensverteilung

Was aber haben nun Haushaltsgröße und Einkommensungleichheit miteinander zu tun? Bei der Analyse von Einkommensverteilungen wird in aller Regel auf äquivalenz- bzw. bedarfsgewichtete Einkommen zurückgegriffen. Dabei handelt es sich um Einkommensgrößen, die die Personenzahl und die altersmäßige Zusammensetzung von Haushalten berücksichtigen. Ökonomische Wohlfahrt wird zwar als individuelle Erfahrung verstanden, so dass es bei der Analyse von Verteilungsfragen zunächst ausreichen würde, tatsächlich erzielte individuelle Einkommen zu betrachten. Dies würde jedoch fern der Lebenswirklichkeit dazu führen, dass abhängige Personen ohne ei-

genes Einkommen (wie Lebenspartner oder Kinder) über keine Konsummöglichkeiten verfügen. Man würde also Personen als arm einstufen, obwohl sie unter Umständen sogar in einem wohlhabenden Haushalt leben. Damit würde systematisch ignoriert, dass Personen ihr Einkommen mit ihren Mitbewohnern im Haushalt teilen.

Die Betrachtung des reinen Pro-Kopf-Haushaltseinkommens, also der Summe aller individuellen Einkommen von Haushaltsmitgliedern geteilt durch deren Anzahl, würde demgegenüber nicht dem Anspruch gerecht werden, Skalenerträge des Zusammenlebens zu berücksichtigen. Diese ergeben sich aus sinkenden durchschnittlichen Fixkosten mit zunehmender Haushaltsgröße. Daraus folgt, dass die individuelle Wohlfahrt von Personen, die über ein gleich hohes Einkommen verfügen, davon abhängt, ob sie jeweils allein oder zusammen wohnen.

Das Zusammenleben in einem Haushalt senkt die individuellen Fixkosten der Haushaltsführung und trägt damit zur Erhöhung der individuellen Wohlfahrt bei. Aus diesem Grund werden Einkommensgrößen in der empirischen Forschung einer Äquivalenzgewichtung unterzogen. Damit können individuelle Einkommen unabhängig von der Haushaltsgröße miteinander verglichen werden. Berechnet man beispielsweise ein solches äquivalenzgewichtetes Einkommen für ein Individuum in einem Mehr-Personen-Haushalt, gibt diese Summe Auskunft darüber, wie viel (monetäres) Einkommen eine einzelne allein lebende Person erzielen müsste, um die gleiche – also die äquivalente – Wohlfahrt zu erfahren. Die Gewichtung erfolgt üblicherweise durch Division des gesamten Haushaltseinkommens durch die Summe der Bedarfsgewichte, die von der Anzahl der Personen und weiteren Eigenschaften des Haushalts abhängt. Verändern sich Haushalte nun in ihrer Struktur, so kann dies für die Einkommensverteilung also nicht ohne Folgen bleiben. Es ist allerdings nicht von vornherein klar, welches Vorzeichen der Effekt der demografischen Entwicklung auf die Einkommensungleichheit hat.

Der deutliche Rückgang der Geburtenzahl bedeutet beispielsweise, dass sich zusammenlebende Paare heutzutage eher für Kinderlosigkeit entscheiden. Das führt dazu, dass diese über höhere äquivalenzgewichtete Einkommen verfügen, als dies bei einer höheren Geburtenrate der Fall wäre. Während die Zahl der Lebendgeborenen nach dem Mikrozensus im Jahr 1991 noch 830.019 be-

trug, waren es im Jahr 2005 noch 685.795. Das entspricht einem Rückgang um etwa 17,4 Prozent. Ihren Höchstwert erreichte die Geburtenzahl im Jahr 1964 mit 1.357.304. Seitdem hat sie sich also in etwa halbiert.

Die Zunahme der Single-Haushalte führt dagegen zu einem Anstieg der Zahl von Personen, die eher über geringere äquivalenzgewichtete Einkommen verfügen, da die Fixkosten der Haushaltsführung auf weniger Personen verteilt werden können. Somit hat der Rückgang der durchschnittlichen Personenzahl pro Haushalt gegenläufige Effekte auf die Einkommensverteilung. Der Nettoeffekt ist abhängig davon, ob die primär betroffenen Bevölkerungsgruppen eher über- oder unterdurchschnittliche Einkommen aufweisen.

Untersuchung auf Basis von SOEP-Daten

Vor dem Hintergrund der besonders ausgeprägten Entwicklung zu kleineren Haushaltsgrößen knüpft die IZA-Studie an die Literatur zur Dekomposition von Ungleichheitsmaßen für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen an. Auf der Grundlage von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wird der Einfluss der demografischen Entwicklung der deutschen Bevölkerung auf die gemessene Einkommensungleichheit analysiert. Die Ergebnisse dieser Dekompositionsanalyse geben Aufschluss darüber, in welchem Ausmaß der demografische Trend zur Entwicklung der gesamten Einkommensungleichheit beigetragen hat.

Es hat sich gezeigt, dass die Zunahme der Einkommensungleichheit in Deutschland in den letzten Jahren maßgeblich von der Zunahme der Ungleichheit innerhalb von Bevölkerungsgruppen getrieben wurde. Allerdings ist auch die Zunahme der Einkommensunterschiede zwischen diesen Bevölkerungsgruppen für einen nicht unerheblichen Teil der Zunahme der Ungleichheit verantwortlich. Mit anderen Worten: Ohne die demografische Entwicklung hin zu immer kleineren Haushalten hätte die Einkommensungleichheit zwar ebenfalls zugenommen. Ihr Ausmaß wäre allerdings deutlich niedriger ausgefallen. Die demografische Entwicklung hat für sich genommen die Zunahme der Einkommensungleichheit somit verstärkt oder zumindest deren Rückgang gebremst. Der Zusammenhang besteht darin, dass mit der sinkenden Personenzahl pro Haushalt Bevölkerungsgruppen gewachsen sind, die eine sehr hohe Einkommensungleichheit aufweisen.

Unterschiede vor und nach Steuern und Transfers

Basierend auf den Berechnungen des IZA kann zudem festgehalten werden, dass der Anteil demografischer Faktoren für die Zunahme der Einkommensungleichheit vor Steuern und Transfers bedeutsamer ist als für die Ungleichheit nach Steuern und Transfers. Offensichtlich wird ein Großteil der Ungleichheit, die durch veränderte Haushaltsstrukturen verursacht wird, durch das Steuer- und Transfersystem ausgeglichen. Es ist jedoch auch denkbar, dass das Steuer- und Transfersystem mittels entsprechender Anreize den Trend zu mehr kleineren Haushalten verstärkt haben könnte. Daraus folgt, dass Aussagen über die Einkommensverteilung stets differenziert getroffen werden müssen. Es sollte ganz wesentlich von den Ursachen für Einkommensungleichheit abhängen, welche Maßnahmen dagegen ergriffen werden. Dementsprechend ist es von Bedeutung, unterschied-

liche Ursachen für Einkommensungleichheit und deren Entwicklung separat voneinander zu analysieren.

Lebensweise beeinflusst individuelle Wohlfahrt

Die IZA-Wissenschaftler konnten zeigen: Die individuelle Wohlfahrt der Menschen wird unter anderem auch durch ihre Lebensweise – insbesondere die Größe der Haushalte, in denen sie leben – beeinflusst. Ganz offensichtlich könnten viele Menschen in

Deutschland, die in Ein- oder Zwei-Personen-Haushalten leben, ihre Wohlfahrt steigern, indem sie sich die Kosten der Lebenshaltung mit mehr anderen Personen teilen würden. Doch wegen des festzustellenden Trends zu immer mehr Single-Haushalten müssen Alleinlebende höhere Einkommen erzielen, um den gleichen Einkommens- und somit Lebensstandard zu erlangen, den andere in Mehr-Personen-Haushalten viel eher erreichen können.

Andreas Peichl

Nico Pestel

Hilmar Schneider

**Demografie und Ungleichheit:
Der Einfluss von
Veränderungen der
Haushaltsstruktur
auf die Einkommensverteilung
in Deutschland**

IZA Discussion Paper No. 4197



Andreas Peichl

Nico Pestel

Hilmar Schneider

**Mehr Ungleichheit durch
kleinere Haushalte?
Der Einfluss von
Veränderungen der
Haushaltsstruktur auf die
Einkommensverteilung
in Deutschland**

IZA Standpunkte No. 18

Pro und contra Mindestlohn

IZA-Konferenz beleuchtet internationale Erfahrungen und Lehren für Deutschland

Am Thema Mindestlohn scheiden sich nach wie vor die Meinungen. Während Befürworter gesetzlicher Mindestlohnregelungen für Deutschland auf die in vielen OECD-Staaten praktizierten Bestimmungen verweisen, äußern Gegner eines flächendeckenden Mindestlohns erhebliche Bedenken hinsichtlich negativer Beschäftigungswirkungen. Grund genug für das IZA, eine internationale Expertentagung einzuberufen, um dieses wichtige Thema aus unterschiedlicher Perspektive systematisch zu beleuchten und den politischen Handlungsbedarf zu klären. Vom 21.-23. Juli 2009 trafen Wissenschaftler und Politiker zu diesem Zweck auf Einladung des IZA in Berlin zusammen. Die Veranstaltung wurde von IZA-Programmdirektor Pierre Cahuc (Ecole Polytechnique, Paris) und Konstantinos Tatsiramos (IZA) organisiert.

In vielen Ländern, etwa den USA oder Australien, gilt der Mindestlohn bereits seit über einem Jahrhundert als ein anerkanntes Mittel der

Politik, um die Selbstversorgung von Familien oder Individuen zu gewährleisten. Angetrieben durch die Einführung eines Mindestlohns in Großbritannien, die Erhöhung des bundesweiten Mindestlohns in den USA und die anhaltenden Debatten in Deutschland und Italien über die Einführung eines landesweit verbindlichen Mindestlohns, hat sich die auch die wissenschaftliche Diskussion in den vergangenen Jahren beschleunigt und intensiviert.

Mehr oder weniger Ungleichheit durch allgemeine Mindestlöhne?

Wie wirken sich Mindestlöhne auf Beschäftigung, Löhne, Einkommensverteilung, individuelle Qualifikation und die Profitabilität von Unternehmen aus? Welche Wechselwirkungen ruft eine Kombination von Mindestlohn, Beschäftigungssubventionen und Besteuerung hervor? Führt ein allgemeiner Mindestlohn zu weniger oder gar mehr Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt? Diese Fragen standen im Blickpunkt des wissenschaftlichen Teils der IZA-Konferenz. John M. Abowd (Cornell University) stellte vergleichende Analysen zu den – sehr unterschiedlichen – Mindestlohnbestimmungen in Frankreich und den USA vor. Während Mindestlöhne in Frankreich indiziert sind, sind sie in den USA nominal fixiert. Um die Wirkung des Mindestlohns quantifizieren zu können, wurde der Einfluss des realen Mindestlohns auf das Beschäftigungsniveau gemessen. Die Ergebnisse deu-



Tito Boeri, Günther Horzetzky, Stephen Machin, Pierre Cahuc, Reinhard Dombre

ten daraufhin, dass bei einer Anhebung des Mindestlohns in Frankreich ein deutlicher Rückgang der Beschäftigung eintreten würde, während dies in den USA aufgrund des generell niedrigeren Mindestlohnlevels nicht der Fall wäre.

Eine von *David Neumark* (University of California, Irvine) vorgestellte Untersuchung widmet sich am Beispiel des amerikanischen Earned Income Tax Credit (EITC) den Interdependenzen von Mindestlohn und Beschäftigungssubventionen. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass ein höherer EITC bei allein erziehenden Müttern zu mehr Beschäftigung und höherem Einkommen führt. Je höher der Mindestlohn, umso stärker auch die das Arbeitsangebot stimulierende Wirkung des EITC.

John T. Addison (University of South Carolina) wertete regionale Daten solcher Sektoren des US-Arbeitsmarkts der Jahre 1990-2005 aus, deren Lohnniveau – wie etwa im Einzelhandel – nahe am Mindestlohn liegt. Hier zeigte sich, dass Mindestlöhne nicht per se Beschäftigung reduzieren, sondern

bundesweiten, gesetzlichen Erhöhung des Mindestlohns in den USA auf das Beschäftigungsniveau von Jugendlichen und Erwachsenen. Hier führten die geänderten gesetzlichen Bestimmungen zu ambivalenten Resultaten: Dort, wo sich als Folge der Mindestlohnanhebung der Lohn aller Beschäftigten erhöhte, ohne dass sich die Einkommensverteilung zugleich änderte, entstand ein negativer Beschäftigungseffekt für Jugendliche und Erwachsene. Andernorts, wo die Mindestlohnanpassung das relative Einkommen von Jugendlichen erhöhte, wurde deren Beschäftigung so günstig beeinflusst, dass auch der Gesamteffekt positiv ausfiel. Die Analyse von Mindestlohneffekten muss also in besonderer Weise unterschiedliche Niedriglohn-Beschäftigtengruppen auf dem Arbeitsmarkt in den Blick nehmen und miteinander vergleichen.

Joseph J. Sabia (American University) verwies in seinem Beitrag darauf, dass Lohnzuwächse infolge von Mindestlohnhebungen nur zu einem geringen Teil zu Besserstellungen von armen Haushalten

aber oft das Nettoeinkommen, so dass ein Anreiz zur Schwarzarbeit entsteht. Umgekehrt sorgt eine Abkehr von der Schattenwirtschaft „im Nebenerwerb“ aufgrund des regulären Lohnzuwachses nicht dafür, dass das verfügbare Einkommen steigt. Nach der Mindestlohneinführung in Ungarn konnte ein Rückgang des Lebensmittelkonsums festgestellt werden, während jedoch gleichzeitig das zu versteuernde Bruttoeinkommen anstieg. Dies zeigt, dass Mindestlöhne auch bei der Erhebung und Eintreibung von Steuern einen wichtigen Faktor darstellen. Beschäftigungseffekte durch Mindestlöhne hängen auch vom Grad der Informalität einer Ökonomie ab.

Christopher L. Smith (Federal Reserve Board of Governors) studierte die Rolle des Mindestlohns bei der Entwicklung der Ungleichheit in den USA zwischen 1979 und 2007. Bisherige Untersuchungen deuteten stets darauf hin, dass die zunehmende Ungleichheit in den 1980er Jahren vor allem auf den Rückgang des Mindestlohns zurückzuführen sei. Dieses Urteil konnte Smith zwar bestätigen, jedoch sind die Auswirkungen des Mindestlohns in dieser Hinsicht offenbar weit geringer zu veranschlagen als dies bislang angenommen wurde.

Katherine Terell (University of Michigan) behandelte in ihrer Studie die Wirkung von gesetzlichen Mindestlohnregelungen auf die Entwicklung informeller Wirtschaftssektoren am Beispiel Brasiliens. Dort nimmt mit zunehmendem Mindestlohn die Wahrscheinlichkeit zu, dass ein Arbeiternehmer aus dem formellen in den informellen

Sektor wechselt oder sich selbstständig macht. Die Erhöhung des Mindestlohns reduziert zugleich die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden oder die Erwerbstätigkeit zu beenden. Anreize für Neueinstellungen im formellen Sektor werden verringert.

Die optimale Gestaltung von Mindestlöhnen und Steuersystem war Thema der Präsentation von *Emmanuel Saez* (University of California, Berkeley). Er plädierte für eine Reformoption, die der Zielgruppe von Mindestlöhnen weit wirksamer entgegenkäme als die üblicherweise praktizierten Modelle: Durch eine Verbindung von Mindestlohnabsenkung und Steuerreduzierung für Beschäftigte im Niedriglohnbereich könne nicht nur das Konsumniveau dieses Personenkreises auf gleichem Niveau gehalten werden, sondern letztlich auch der gesamtgesellschaftliche Wohlstand erhöht werden. Denn ungeachtet einer aufkommens-

selbst ein 10-prozentiger Anstieg des Mindestlohns einen 2-prozentigen Anstieg der Beschäftigung zur Folge haben kann. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die US-Bundesstaaten über sehr unterschiedliche Mindestlohnregelungen verfügen und Anpassungen des Mindestlohns stets eine Reaktion auf Veränderungen der allgemeinen Arbeitsmarktkonstellation darstellen. So kann ein Beschäftigungszuwachs primär auf solche Faktoren zurückzuführen, womöglich sogar durch eine Mindestlohnanhebung abgebrems worden sein. Eine monokausale Verknüpfung von Mindestlohn und Beschäftigungsentwicklung ist daher unzulässig.

Dies konnte auch *Laura Giuliano* (University of California, Berkeley) anhand von Personaldaten großer amerikanischer Einzelhandelsunternehmen nachweisen. Ihre Studie analysiert den Einfluss der 1996 erfolgten

Führen. Seine Untersuchung zieht Daten aus New York heran und simuliert die Konsequenzen für Beschäftigung und Einkommensverteilungen im Falle einer angenommenen Mindestlohnerrhöhung. Den Berechnungen zufolge hat die letzte Korrektur des bundestaatlichen Mindestlohns in New York zu einem empfindlichen Rückgang der Beschäftigung unter 16- bis 29-Jährigen ohne Schulabschluss geführt. Eine neuerliche Heraufsetzung des Mindestlohns würde letztlich nur 20 Prozent der resultierenden Lohnzuwächse an arme Haushalte fließen lassen, ihr eigentliches Ziel also verfehlen.

Gegenstand der Analysen von *Mirco Torin* (University of Southampton) war die Wirkung von Mindestlöhnen auf das Verhältnis von versteuerter und tatsächlicher Arbeit. Anhebungen des Mindestlohns erhöhen das zu versteuernde Einkommen, verringern



neutralen Steueranhebung für qualifizierte Arbeit würde die im Zuge der Mindestlohnsenkung gestiegene Wirtschaftsleistung sicherstellen, dass auch das Konsumniveau von höheren Einkommensgruppen sich nicht verschlechtert.

Eine stets populäre Rechtfertigung des Mindestlohns lautet, dass er die Verhandlungsposition von geringqualifizierten Arbeitskräften gegenüber monopsonistischen Arbeitgebern fördere. Dagegen konnte *Guy Laroque* (CREST-INSEE) zeigen, dass selbst die Existenz eines solchen Nachfragemonopols keine Rechtfertigung für einen Mindestlohn darstellt. Im Falle monopsonistisch geprägter Arbeitsmärkte sei es sogar besser, unmittelbar Unternehmensprofite zu besteuern und Beschäftigung zu subventionieren, als einen Mindestlohn vorzuziehen.

Christopher Flinn (New York University) untersuchte die Arbeitsmarkt- und Verteilungswirkungen eines verbindlichen Mindestlohns im Rahmen von Such- und Matching-Modellen. Während Arbeitsuchende unter bestimmten Bedingungen bereit wären, einen geringeren Lohn als Einstiegslohn zu akzeptieren, wenn sie sich davon eine entsprechend gute Verhandlungsposition für zukünftige Lohn erhöhungen erhoffen, begrenzt der Mindestlohn die Verhandlungsgrundlage des Arbeitgebers bei der Einstellung nach unten. So kann ein verbindlicher Mindestlohn in einem solchen Modellrahmen selbst dann „bindend“ sein, wenn etwa die Produktivität oberhalb des eigentlichen Mindestlohnes liegt.

Tito Boeri (Bocconi University) stellte Betrachtungen darüber an, inwieweit die unterschiedlichen Wege einer Mindestlohnfestlegung – von der politischen Alleinzuständigkeit über die Entscheidungsfindung der Tarifpartner bis hin zur Vereinbarungslösung zwischen Politik und Arbeitsmarktakeuren – auch Konsequenzen für die Reaktion des Mindestlohns auf exogene Veränderungen in den Produkt- und Arbeitsmarktbedingungen haben. Die empirische Untersuchung zeigte, dass die Art und Weise der Festlegung für die Höhe des Mindestlohns unmittelbar von Bedeutung ist: In Ländern, in denen über den Lohn verhandelt wird, sind generell höhere Mindestlöhne anzutreffen als in solchen Staaten, in denen die Regierung den Mindestlohn allein fixiert.

Die Rolle von Firmen bei der Praktizierung von Mindestlöhnen stand im Mittelpunkt der Analysen von *Leif Danziger* (Ben Gurion University). Er betrachtete die Folgen einer Mindestlohneinführung im Falle seiner teil-

weisen Aushebelung in der betrieblichen Praxis. Kleine Firmen könnten dann endogen, infolge der unvollständigen Einhaltung des Mindestlohns, zu Monopsonisten werden. Der Mindestlohn hätte in diesem Fall den ungewollten Effekt, dass in kleinen Firmen Beschäftigung und Löhne sinken werden. *Stephen Machin* (University College London) untersuchte die Auswirkungen des Mindestlohns auf die Profitabilität von Unternehmen. Er fand anhand von Daten zur Mindestlohneinführung in Großbritannien im Jahr 1999 bestätigende Hinweise für die Annahme dass der per Mindestlohn stattfindende Transfer von Kapitalbesitzern zu Niedriglohnarbeitnehmern die Löhne erhöht und die Unternehmensgewinne reduziert hat.

Ein Mindestlohn auch für Deutschland?

Die thematisch breit angelegten Präsentationen der Wissenschaftler bildeten eine ideale Diskussionsgrundlage für die von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und IZA-Programmdirektor *Pierre Cahuc* geleitete Expertendiskussion über das Für und Wider eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland. Als Einstieg in die deutschlandbezogene Debatte lieferten *Thomas Bauer* (RWI Essen) und *Viktor Steiner* (DIW Berlin) Informationen zu den potenziellen Beschäftigungseffekten wie auch den fiskalischen und distributionalen Wirkungen.

Bauers Schätzungen zufolge würde die Einführung eines Mindestlohns von 7,50 Euro pro Stunde etwa 12 Prozent der Vollzeitbeschäftigten betreffen und einen Beschäftigungsabbau von über 800.000 Stellen nach sich ziehen. Zugleich wäre der Staatshaushalt infolge steigender Arbeitslosigkeit mit jährlich 12 Milliarden Euro zusätzlich belastet. Steiners Mikrosimulationsstudien zeigten ergänzend, dass sich lediglich 20 Prozent des durch die Lohnerhöhung gewonnenen Einkommens in tatsächliches Nettoeinkommen übersetzen. Dieser Effekt verringert sich weiter, wenn potenzielle Änderungen in der Arbeitsnachfrage und den Preisen mit in die Simulation einbezogen werden. Steiner verwies zudem darauf, dass das deutsche soziale Sicherungssystem bereits in einem impliziten „Mindestlohn“ von mehr als 7,50 Euro resultiere. Beide Studien zeigen, dass die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland zu einer Verdichtung der Lohnverteilung bei Geringverdienern und kleinen Firmen führen würde. Geringeren Ausgaben für erwerbsabhängige Zuschüsse stünden wesentlich höhere Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung gegenüber. Insgesamt wird in beiden Arbeiten davon ausgegangen, dass eine Einführung des Mindestlohns in Deutschland keinen

Beitrag zur Reduzierung von Armut leisten kann.

Günther Horzetzky (Staatssekretär, Bundesministerium für Arbeit und Soziales) vertrat gleichwohl die Auffassung, die deutsche Politik müsse handeln, um die auffällig zunehmende soziale Ungleichheit im Land zu verringern. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes sei dabei weniger eine Frage seiner konkreten Höhe als vielmehr des Prinzips, unfaire Entlohnung an der Armutsgrenze zu verhindern, ohne flächendeckende staatliche Lohnzuschüsse zahlen zu müssen. Da Tarifverhandlungen die Arbeitnehmer heute nicht mehr ausreichend schützen könnten, sei ein allgemeiner Mindestlohn eine sinnvolle Politikmaßnahme.

Reinhard Dombre (DGB) unterstützte diese Argumentation und verwies auf das eklatante Ausmaß der Abwendung ostdeutscher Unternehmen vom Tarifvertragssystem. Wenn sich nur noch 5 Prozent der Firmen an Tarifvereinbarungen gebunden fühlten, könne anders als über einen gesetzlichen Mindestlohn keine angemessene Bezahlung geringer qualifizierter Arbeitnehmer mehr sichergestellt werden. Andernfalls drohe Deutschland schon in naher Zukunft ein brisantes Armutsproblem, das weit höhere gesellschaftliche Kosten verursachen werde.

Heinrich Kolb (MdB, Sozialpolitischer Sprecher, FDP-Bundestagsfraktion) widersprach dieser Position und warnte davor, die erfolgreiche Belegung des deutschen Arbeitsmarktes in den letzten Jahren nun durch die Einführung allgemeiner Mindestlöhne zu gefährden. In Verbindung mit dem geltenden strikten Kündigungsschutz werde dies den Handlungsspielraum von Firmen weiter verringern. Mindestlöhne beeinträchtigten zudem den Wettbewerb, da neue Firmen womöglich nicht von Beginn an ein solches Einkommensniveau zahlen könnten. Ein weiteres Problem sei, dass Arbeitnehmer mit einer geringen Produktivität dann vom Arbeitsmarkt automatisch ausgeschlossen würden.

Die IZA-Konferenz bot Kritikern wie Befürwortern eines gesetzlichen Mindestlohns die Gelegenheit zum intensiven Gedankenaustausch. Das IZA hält alle Fachvorträge auf seiner Homepage zum kostenlosen Herunterladen bereit. Dem interessierten Leser stehen damit auf einen Blick die wichtigsten wissenschaftlichen Argumente in dieser aktuellen Debatte zur Verfügung.

► www.iza.org/link/minimumwage

Migration als Treibstoff des Fortschritts

Sechstes jährliches Migrationstreffen (AM²)

Von einem der maßgeblichen Wegbereiter der ökonomischen Migrationsforschung, *Julian Simon* (1932-1998), stammt die Erkenntnis, dass „der Haupttreibstoff zur Beschleunigung der globalen Entwicklung unser Wissen“ ist. Getreu dieser Überzeugung fand vom 21.-23. Mai 2009 das sechste Annual Migration Meeting (AM²) am IZA statt.

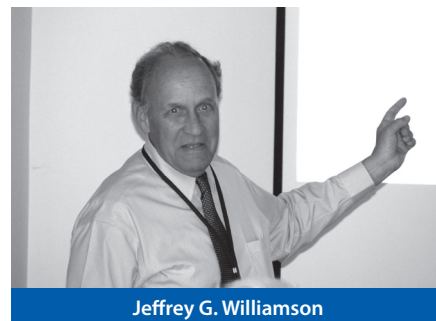
Fester Bestandteil der von *Amelie Constant* (DIW DC und IZA) und *Barry Chiswick* (University of Chicago und IZA) organisierten Veranstaltung ist die Julian Simon Lecture, die in diesem Jahr vom renommierten Wirtschaftshistoriker *Jeffrey Williamson* (Harvard University) gehalten wurde. Thema seines Vortrags war die Entwicklung der Emigration aus Entwicklungsländern in die USA. Williamson betonte, dass sich die Emigrationsraten dieser Staaten seit den Emigrationshöhepunkten in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren stabilisiert und teils sogar rückläufig entwickelt hätten. Dieser Trend werde sich nicht nur im Zeichen der weltweiten Wirtschaftskrise, sondern auch langfristig eher noch verstärken. Williamson prognostiziert bis in die 2020er Jahre hinein keinen erneuten Anstieg der Zuwanderung aus Entwicklungsländern in die USA. Zugleich werde sich der Schwerpunkt auf afrikanische Entsendeländer verlagern.

Nuria Rodriguez-Planas (Universität Autònoma de Barcelona) analysierte den Einfluss von Migranten auf die Flexibilität des Arbeitsmarkts. Am Beispiel Spaniens verdeutlichte sie, dass qualifizierte Immigranten dort beruflich weit mobiler agierten und damit auch eher in der Lage seien, auf wirtschaftlichen Wandel zu reagieren, was die spanische Wirtschaft dazu befähige, sich schneller an neue Technologien und Nachfrageschocks anzupassen. *Magnus Lofstrom* (Public Policy Institute of California) studierte die Auswirkungen von Maßnahmen zur Legalisierung illegaler Einwanderer auf dem US-Arbeitsmarkt. Interessanterweise zeigt sich hier ein Unterschied zwischen illegalen Grenzübertritten und Visa-missbrauch. Lofstroms Untersuchungen zufolge hat die Vergabe eines legalen Aufenthaltsstatus kaum Auswirkungen auf die Einkommensverhältnisse illegaler Grenzgänger, während das Zugeständnis einer Greencard an Migranten

mit abgelaufenen Visa dazu geführt hat, dass sie Einkommensnachteile gegenüber legalen Migranten aufholen konnten.

Pieter Bevelander (Malmö University) präsentierte eine Analyse zu sozialer Eingliederung und der Wahlbeteiligung von Migranten. Seine Untersuchungen bestätigen am Beispiel Schwedens den Zusammenhang zwischen dem Grad der gesellschaftlichen Inklusion und der Wahlteilnahme. Ungeachtet der Tatsache, dass Immigranten insgesamt mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit an Wahlen teilnehmen als einheimische Schweden, ist die Bereitschaft eingebürgerter Migranten zur Wahlteilnahme viel stärker ausgeprägt. *Thomas Lange* (Universität Konstanz) stellte Überlegungen zur Rückkehrmigration ausländischer Studierender an und präsentierte ein Modell zur optimalen Auswahl von Studiengeldsystemen für diese Personengruppe. *Stephen Trejo* (University of Texas at Austin) erörterte Selektionsmechanismen am US-Arbeitsmarkt und gelangte zu dem Ergebnis, dass sie im Hinblick auf Zuwanderer durchaus erfolgreich wirkten. So seien Migranten im Niedriglohnssektor mit höherer Wahrscheinlichkeit beschäftigt als einheimische US-Bürger, und auch im Bereich höherqualifizierter Arbeit lägen die Beschäftigungsraten von Zuwanderern und Einheimischen in etwa gleichauf.

Sherrie Kossoudji (University of Michigan) präsentierte Analysen zu der Frage, in welchem Maß staatliches Handeln im Falle grenzüberschreitender Kinderadoptionen Einfluss auf Kinder- und Familiencharakteristika nehmen kann. *Diego Aycinena* (Francisco Marroquin University) zeigte anhand eines Feldexperiments mit Migranten aus



Jeffrey G. Williamson

El Salvador, dass der Umfang von Finanztransfers ins Herkunftsland wesentlich davon abhängt, wie effizient vom Zielland aus die Kontrolle über die angelegten Konten ausgeübt werden kann. *Monika Sander* (Universität Bamberg) fand heraus, dass der Body Mass Index von Immigranten in Deutschland mit steigender Aufenthaltsdauer zunahm. *Odelia Heizler-Cohen* (Hebrew University) untersuchte den Effekt sozialer Netzwerke auf die Teilnahme von Migranten in so genannten „Reality Shows“.

Kerry Papps (University of Oxford) diskutierte die Wechselwirkungen zwischen Geschlecht, Ursprungsland und Arbeitsmarktassimilation unter Immigranten. Seinen Untersuchungen zufolge nehmen weibliche Immigranten dann mit höherer Wahrscheinlichkeit am Erwerbsleben des Aufnahmelandes teil, wenn auch im Herkunftsland eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen vorhanden ist.

Weitere Informationen zum Annual Migration Meeting des IZA sind online abrufbar:

► www.iza.org/AMSquared



Ursachen und Wirkungsweisen formeller und informeller Arbeit

Vierte IZA/Weltbank-Konferenz zu Beschäftigung und Entwicklung

Die gemeinsam von IZA und Weltbank jährlich ausgerichtete Konferenz zu „Beschäftigung und Entwicklung“ hat sich als ein zentrales Forum für die Diskussion und Evaluation von Programmen zur arbeitsmarktfokussierten Entwicklungszusammenarbeit etabliert. Im Mittelpunkt dieser Initiative von Weltbank und IZA steht die Überzeugung, dass nachhaltige Erfolge bei der Verbesserung der Lebensbedingungen und der Bekämpfung von Armut insbesondere in den Staaten Afrikas vor allem durch eine systematische Förderung effizienter Arbeitsmarktstrukturen erzielt werden können. Anlässlich der vierten IZA/Weltbank-Konferenz zum Themenschwerpunkt „Ursachen und Wirkungsweisen formeller und informeller Arbeit“ kamen Referenten und Teilnehmer aus aller Welt nach Bonn.

Das Interesse an Forschungsarbeiten zu informellen und formellen Arbeitsmärkten hat sich in der jüngeren Vergangenheit deutlich verstärkt, und auch innerhalb der politischen Debatte nimmt die Frage, wie die internationale Entwicklungszusammenarbeit dem Phänomen der Informalität begegnen kann und welche sinnvollen Hilfestellungen den in diesem Segment tätigen Arbeitnehmern gegeben werden können, heute breiteren Raum ein. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer zunehmenden Ausweitung des informellen Sektors in zahlreichen Entwicklungs- und Schwellenländern, wo heute eine breite Vielfalt an Erscheinungsformen von – keineswegs immer nur unfreiwilliger – Informalität wie auch an Überschneidungen mit dem formellen Sektor anzutreffen ist.

Die Realität ist weit komplexer als die tradierte Sichtweise sie beschreibt: Längst sind nicht mehr nur bestimmte, ansonsten im Arbeitsprozess chancenlose Personengruppen informell und zu geringsten Löhnen tätig. Beispielsweise haben empirische Studien in Lateinamerika ergeben, dass viele Arbeitskräfte freiwillig in den informellen Sektor wechseln, um ihr persönliches Schicksal zu verbessern. Darüber hinaus geht ein Trend dahin, dass Beschäftigte, die ursprünglich im formellen Segment des Arbeitsmarkts erwerbstätig waren, zusehends mehr in einem temporären, gefährdeten Arbeitsverhältnis stehen, so dass die Grenze zwischen der formellen und der informellen Beschäftigung hier verschwimmt.

Das Wissen über die Ursachen und die Folgen von Informalität und ihre Bezüge zum formellen Arbeitsmarkt ist noch unvollkommen, der Forschungsbedarf deshalb noch immens. Dies gilt sowohl für die Analyse der mit dem informellen Sektor einhergehenden wirtschaftlichen Dynamik wie auch für die Auswirkungen von Regulierung und Arbeitsschutz auf die Informalität und die Möglichkeiten der Ausgestaltung sozialer Sicherung für informell Beschäftigte.

Nach kurzen, in die Thematik einführenden Ansprachen von *Ingrid-Gabriela Hoven* (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) *Robert Holzmann* (Weltbank) und IZA-Direktor

arbeiten auf diesem Gebiet, denen sich auch das IZA im Rahmen seines von *Markus Frölich* (Universität Mannheim) geleiteten Programmbereichs „Beschäftigung und Entwicklung“ widmet.

Als weiterer Keynote Speaker stellte *Gary Fields* (Cornell University) Betrachtungen zu den vielfältigen Desideraten der Forschung an und verwies insbesondere darauf, dass die bislang überwiegend mikroökonomisch orientierte Literatur die Wirkungsmechanismen des Marktes selbst bislang eher vernachlässigt habe. Allein bereits die Definition des Begriffes „Informalität“ bereite offenkundig Schwierigkeiten und sei bis heute in der Wissenschaft nicht einheitlich.

Präziser sei die Differenzierung zwischen versicherter und nicht versicherter Erwerbstätigkeit. Empirische wie auch modelltheoretische Studien müssten künftig stärker auch die Rolle der Selbständigen im Bereich der informellen bzw. nicht versicherten Arbeit in den Blick nehmen.

Großes Interesse fand ein Politikforum zu den besonders problematischen Auswirkungen der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf die Arbeitsmärkte der Entwicklungs- und Schwellenländer. Unter Leitung

von *Stefano Scarpetta* (OECD) erörterten *Robert Holzmann*, *Santiago Levy Algazi* und *Jan Svejnar* (University of Michigan) die Risiken und betonten, dass in dieser Konstellation umso mehr der Akzent auf eine arbeitsmarktbezogene Entwicklungszusammenarbeit gelegt werden müsse.

Insgesamt bot die vierte IZA/Weltbank-Konferenz mit ihren politikorientierten Diskussionen und einem breiten Spektrum präsentierter Forschungsarbeiten in 27 Einzelveranstaltungen erneut eine hervorragende Gelegenheit zum Austausch sowohl fachwissenschaftlicher wie auch politischer Positionen. Die Folgekonferenz wird am 3. und 4. Mai 2010 in Kapstadt, Südafrika, stattfinden.

Das vollständige Programm der diesjährigen Tagung ist ebenso wie der Call for Papers für die kommende Konferenz über die Homepage des IZA-Forschungsschwerpunkts Beschäftigung und Entwicklung abrufbar:

► www.iza.org/development



Stefano Scarpetta, Robert Holzmann, Jan Svejnar, Klaus F. Zimmermann, Santiago Levy Algazi

Klaus F. Zimmermann, referierte zunächst *Santiago Levy Algazi* (Vice President for Sectors and Knowledge, Inter-American Development Bank) über die unterschiedlichen Wirkungen von sozialer Sicherung und Sozialversicherung auf formellen und informellen Arbeitsmärkten. Ausgehend von seinen Analysen des mexikanischen „Oportunidades/Progresar“-Transferprogramms schlussfolgerte er, dass staatliche garantierte soziale Sicherung eine „Subvention“ für den informellen Sektor darstelle, während die Sozialversicherung wie eine Steuer auf den formellen Arbeitsmarkt wirke. Folge sei eine massive strukturelle Verzerrung des gesamten Arbeitsmarktgeschehens. Zur Bewältigung dieses Problems müsse ein universelles Recht auf soziale Sicherung geschaffen und losgelöst vom Arbeitsmarktsstatus des Einzelnen zur Anwendung kommen. Erst auf diesem Wege sei ein größeres Maß an Gleichheit und sozialer Kohäsion als Ausgangsbasis für die Überwindung des eklatanten Wohlstandsgefälles in der Welt erreichbar. Der Vortrag von *Algazi* stieß auf große Resonanz und lieferte einen wichtigen Ansatzpunkt für weitere Forschungs-

Wissenschaft wider die Kinderarbeit in Entwicklungsländern

Dritter Workshop des IZA-Netzwerks

In Bonn fand am 6. Mai 2009 der dritte Workshop des IZA-Netzwerks zur Erforschung von Kinderarbeit in Entwicklungsländern statt. Diesem Thema widmen das IZA und seine Partner seit 2007 intensive Forschungsarbeiten mit dem Ziel, der Politik Handlungsempfehlungen für vorbeugende Maßnahmen im Rahmen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu geben und bisherige Initiativen zu evaluieren. Wissenschaftler aus Äthiopien, Brasilien, Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Italien, den Niederlanden, der Türkei und den USA beschäftigten sich im Verlauf des Workshops mit der Wirksamkeit von Politikmaßnahmen, den Konsequenzen von politischen und militärischen Konflikten für die Ausprägung von Kinderarbeit sowie den Zusammenhängen zur Liberalisierung des Welthandels. Präsentiert wurden unter anderem Forschungsergebnisse zur Kinderarbeit in Burkina Faso, Indien, Indonesien, Mexiko, Palästina und Ruanda.

Eine von *Jim Berry* (MIT) vorgestellte Studie untersuchte am Beispiel Indiens, wie ein von Nichtregierungsorganisationen bereitgestelltes Angebot einjähriger „Brücken-Klassen“ an Kinder ohne Schulzugang deren Weg in die reguläre Schulbildung erleichtern und auf diese Weise Kinderarbeit reduzieren kann. Dabei spielen offenbar Peer-Effekte eine zentrale Rolle: Diejenigen, die unmittelbar für das Programm gewonnen werden, besuchen mit einer um 30 Prozent erhöhten Wahrscheinlichkeit eine „Brücken-Klasse“, während für Kinder, deren Bekannte teilnehmen, die Wahrscheinlichkeit ebenfalls um 20 Prozent steigt. Der Peer-Effekt trägt demnach maßgeblich zum Erfolg dieses NGO-Programms bei.

Ein Beitrag von *Damien de Walque* (World Bank) evaluierte zwei Bildungsprogramme aus Burkina Faso, die sich zum Ziel setzen, die Attraktivität von Schulbesuchen durch die damit verbundene, in Abhängigkeit von der Präsenz im Unterricht gewährte Nahrungsausgabe zu erhöhen. Während ein Programm ausschließlich Schülerinnen vorbehalten bleibt, um dem eklatanten Bildungsnachteil von Mädchen zu begegnen, steht das andere Programm allen Schülerinnen und Schülern zur Verfügung. Den Analysen zufolge konnten beide Programme den Schulbesuch der Zielgruppen nachhaltig steigern. Insbesondere scheint das auf Schülerinnen fokussierte Angebot die schwere Kinderarbeit von Mädchen etwa in der Landwirtschaft stärker zu reduzieren.

Kirk Doran (University of Notre Dame) fragte in einer weiteren Fallstudie nach den Interdependenzen zwischen Kinderarbeit, spezifischen Sozialtransferprogrammen für arme Familien und Veränderungen von Lohnentwicklung und lokalen Arbeitsmarktkonstellationen für erwachsene Arbeitnehmer.

Als Untersuchungsgegenstand diente ihm das mexikanische Ausbildungsförderungsprogramm *Progres*, das mit monetären Anreizen Bildung attraktiver und Kinderarbeit unattraktiver machen soll. Doran konnte zeigen, dass die Reduzierung von Kinderarbeit nicht allein auf das Programm als solches, sondern ebenso auch auf günstige Arbeitsmarktentwicklungen, eine stärkere Erwerbsbeteiligung und Lohnsteigerungen der Eltern zurückgeführt werden kann. Dieser Befund bestätigt die theoretische Annahme einer substitutiven Funktion von Kinderarbeit in Abhängigkeit von der jeweiligen Produktivitätskonstellation am Arbeitsmarkt insgesamt.

Den Auswirkungen politischer Konflikte auf Kinderarbeit und Bildung gingen die Arbeiten von *Richard Akresh* (University of Illinois) und *Michele di Maio* (University of Naples) nach. Akresh präsentierte eine Untersuchung zu den erheblichen Konsequenzen des Genozids in Ruanda auf die Schulbildung. Sechs Jahre nach dem Völkermord lässt sich feststellen, dass die betroffene Kindergeneration im Durchschnitt ein halbes Jahr an Schulbildungszeit eingebüßt hat, von Kinderarbeit stärker betroffen ist und unter den Folgen im weiteren Lebensverlauf zu leiden haben wird. Michele di Maio untersuchte die Auswirkungen von Grenzsicherungen zwischen Israel und dem palästinensischen Autonomiegebiet auf Schulbesuch und Kinderarbeit. Auch hier erscheint der Zusammenhang offensichtlich: Der Marktlohn ging in Palästina als Folge der Grenzsicherung zurück, und im gleichen Maße nahm die Kinderarbeit (wieder) zu, um Einkommensverluste innerhalb der Familie zumindest teilweise auszugleichen.

Dass Liberalisierungen in den Welthandelsbeziehungen positive Wirkungen auch im Sinne rückläufiger Kinderarbeit hervorrufen können, zeigte *Krisztina Kis-Katos* (Universität Freiburg) anhand von empirischen Daten zu Indonesien. Solche Regionen In-



donesiens, die in stärkerem Maße von politischen Reformen und nachfolgend von wirtschaftlichem Wachstum profitieren konnten, verzeichneten auch eine merkliche Reduzierung der Kinderarbeit bei zeitgleicher Zunahme des Schulbesuchs

Die Wissenschaft hat bei der Erforschung von Kinderarbeit noch nicht zu einem einheitlichen Vokabular und Standarddefinitionen gefunden, was insbesondere die Vergleichbarkeit von Analyseergebnissen noch erschwert. Der IZA-Workshop griff auch dieses Thema auf. *Andrew Dillon* (International Food Policy Research Institute) zeigte in seiner Studie, dass die in Befragungen angegebene Häufigkeit von Kinderarbeit und die Art der Fragestellung zur individuellen Zeitverwendung einen direkten Zusammenhang aufweisen. Eher kürzere Fragen, die dem Standard der Weltbank-Messmethoden entsprechen, unterschätzen laut Studie die ökonomische Aktivität bei Mädchen um mehr als 30 Prozent. Auch *Lorenzo Guarcello* (Understanding Children's Work) führte die oft sehr unterschiedlichen Quantifizierungen von Kinderarbeit auf die Struktur von Fragebögen, die aufgewendete Zeit für Rückfragen und den gewählten Kreis der Auskunftspersonen zurück. Deutlich wurde, dass es in definitorischer Hinsicht sowie mit Blick auf das Design von Befragungen noch erhebliches Verbesserungspotenzial gibt.

Alle Präsentationen des von *Eric Edmonds* (Dartmouth College), *Randy Akee* (IZA) und IZA-Programmdirektor *Markus Frölich* (Universität Mannheim) organisierten Workshops stehen auf der IZA-Homepage zum Download bereit. Darüber hinaus ist ein Themenband der vom IZA mitherausgegebenen *Research in Labor Economics Series* in Vorbereitung, der eine fundierte Übersicht zum Stand der Erforschung von Kinderarbeit geben wird.

► www.iza.org/link/childl2009

IZA Tower Talk mit dem Präsidenten des Bundes der Steuerzahler: „Steuersenkungen helfen aus der Krise“

Über die „Anforderungen an ein zeitgemäßes Steuerrecht“ im Zeichen der aktuellen Wirtschaftskrise referierte am 14. Mai der Präsident des Bundes der Steuerzahler, *Karl-Heinz Däke*, im 21. IZA Tower Talk. Die aufgrund der Krise zu erwartenden Steuermindereinnahmen ließ Däke nicht als Argument zur Aussetzung weiterer Steuerreformen gelten. Es handle sich dabei lediglich um Abweichungen von Schätzungen, die noch vor dem Beginn der Rezession vorgenommen worden seien. Tatsächlich jedoch werde das Steueraufkommen des deutschen Fiskus im Jahr 2009 rund 70 Milliarden Euro mehr betragen als noch 2005. Däke bekräftigte deshalb auch die Forde-



Karl-Heinz Däke

rung des Bundes der Steuerzahler nach weiteren Steuerentlastungen für Bürger und Unternehmen: „Steuersenkungen können durchaus ein geeignetes Mittel sein, um die Finanzkrise zu bekämpfen.“ Die Konjunkturpakete der Bundesregierung zur Abschwächung der Krise bewertete Däke kritisch. Zwar seien staatliche Stützungsmaßnahmen für die Wirtschaft unvermeidlich, doch die Bevorzugung einzelner Branchen sei dabei ebenso problematisch wie die geplante Mittelverwendung im Detail, bei der die Nachhaltigkeit eine zu geringe Rolle spiele. Vor allem aber drohe der Mittelstand als „der eigentliche Leistungsträger der Gesellschaft“ zu kurz zu kommen.

Domino und Popcorn: IZA Tower Talk mit Edward Lazear zur Weltwirtschaftskrise

Der 22. IZA Tower Talk widmete sich am 3. Juni 2009 ganz der aktuellen Weltwirtschaftskrise. Mit *Edward P. Lazear* schilderte der ehemalige Vorsitzende des ökonomischen Beraterkreises von US-Präsident George Bush aus erster Hand den Diskussionsprozess und die Handlungsoptionen der amerikanischen Regierung zu Beginn der Krise. Lazear veranschaulichte den hohen Entscheidungsdruck, der angesichts der weltweiten Ausstrahlung der krisenhaften Entwicklung in den USA auf der damaligen – wie auch der heutigen – US-Administration lastete. Zugleich machte er deutlich, dass die europäischen Volkswirtschaften die Talsohle der Rezession wohl noch nicht erreicht hätten, sondern der Entwicklung in den USA, wo eine Trendumkehr in Sicht sei, erst zeitlich versetzt nachfolgen würden.

Als Ursache für die Wirtschaftskrise sah Lazear vor allem die übermäßig billigen Kredite in den USA an, die einen riskanten Umgang mit Geld und die Entwicklung verzerrt spekulativer Finanzprodukte gefördert hätten. Zu dieser Finanzblase hätte auch der Kapitalfluss aus weniger entwickelten Staaten in die Vereinigten Staaten beigetragen. Der Markt habe auf diese Weise falsche Signale erhalten und ungeachtet früher Warnungen der US-Regierungen falsche bzw. zu riskante Investitionen getätigt. Der partielle Kollaps des amerikanischen Immobilienmarktes und mit ihm des Bankensektors sei aus heutiger Perspektive denn auch nur eine Frage der Zeit gewesen, sei aber mangels historischer Vergleichserfahrungen in seiner Wucht und Dynamik auch von den Experten unterschätzt worden.

Selbstkritisch merkte Lazear an, anfänglich von falschen Annahmen ausgegangen zu sein. Der Markteingriff der US-Regierung zur Rettung erster kollabierender Banken sei von der Vorstellung motiviert gewesen, damit einen Dominoeffekt verhindern zu können. Tatsächlich aber sei in der aktuellen



Edward Lazear und Hilmar Schneider

Krise weniger das Fallen von Dominosteinen zu beobachten gewesen, sondern das unberechenbare „Platzen von Popcorn in einer überhitzten Pfanne – werden einzelne Maiskörner entfernt, platzen die anderen dennoch.“ Um im Bild zu bleiben, hätte die US-Regierung statt dessen die Hitze von der Pfanne wegnehmen müssen, also Geld in den Markt pumpen müssen, so Lazear. Dieser Fehler sei erst ein halbes Jahr später, im September 2008, korrigiert worden, als die Wallstreet „wie eine Popcornpfanne“ in die Luft ging. „Am Rande einer Großen Depression“ habe man sich zu diesem Zeitpunkt befunden, diese jedoch durch die mutigen staatlichen Rekapitalisierungsprogramme für die Banken verhindern können. In ei-

ner historisch einmaligen Konstellation sei das Regierungshandeln letztlich doch als „verantwortungsbewusst und erfolgreich“ anzusehen. Die Obama-Administration könne darauf nun aufbauen, und auch Europa werde von den Maßnahmen der USA profitieren.

Zur Vorsicht mahnte der Stanford-Ökonom mit Blick auf protektionistische Tendenzen in der Weltwirtschaft. Der freie Welthandel sei ein wesentlicher Beitrag zur rascheren Überwindung der Krise. Und auch den verbreiteten Rufen nach einer Rückkehr zur staatlichen Regulierung dürfe nicht gefolgt werden, aktuelle Maßnahmen müssten zeitlich befristet bleiben. Denn zu geringe Regulierung sei keineswegs ursächlich für die Krise, vielmehr sei gerade der Bankensektor bereits besonders umfassend reguliert. Lazear stimmte *Hilmar Schneider*, IZA-Direktor für Arbeitsmarktpolitik, darin zu, dass

an dieser Stelle eher von kollektivem Versagen, auch seitens der politischen Bankenaufsicht, gesprochen werden müsse.

Ein Ende der Rezession in den USA prognostizierte Lazear für die zweite Hälfte des Jahres 2009, während sie in Europa und Deutschland wohl erst etwa ein Jahr später eintreffen werde. Zu einem „Ende des amerikanischen Zeitalters“ werde die gegenwärtige Krise nicht führen. Das inzwischen bereits wieder erhöhte ausländische Investitionsvolumen in den USA bewiese vielmehr, „dass die Menschen nach wie vor davon überzeugt sind, dass die USA die beste Investition darstellen“.



» Meinung

Das neue deutsche Arbeitsmarkt-Wunder

Im Verlauf der weltweit heftigsten Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg wuchs die Angst um die Arbeitsplätze. Tatsächlich brach in vielen Ländern die Beschäftigung ein. Auch in Deutschland war vielfach seit längerem ein Anstieg der Arbeitslosigkeit erwartet worden. In Wirklichkeit aber ging die Arbeitslosigkeit nach einem Anstieg in den ersten Monaten im Frühjahr 2009 wieder zurück. Dennoch verstärkten sich im Sommer erneut die öffentlichen Einschätzungen, nach denen die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf anziehen und bald schon 4 Millionen in diesem Jahr und 5 Millionen in 2010 überschreiten werde. Diese schematischen Bewertungen stützten sich auf die Arbeitskräftereserven in vielen Firmen, ihre massiven wirtschaftlichen Belastungen und den hohen Bestand an Kurzarbeitern. Angesichts der vermeintlich absehbaren, langfristigen Stagnation der deutschen Wirtschaft könne das nicht lange gut gehen.

Gemessen an diesen Vorhersagen, war es für viele Beobachter tatsächlich wie ein Wunder, als es am Arbeitsmarkt in diesem Sommer weiter ruhig blieb und es auch im Herbst günstige Arbeitsmarktdaten zu vermelden gab. Genau dies war von mir bereits im Frühsommer prognostiziert worden. Ein weiteres Wunder war, dass der freie Fall der Wirtschaft schon im zweiten Quartal 2009 gestoppt werden konnte und sich eine Phase des sanften Auftriebs abzeichnete. Im dritten Quartal wuchs die deutsche Wirtschaft wieder. Dadurch wurde die Krise in 2009 weit weniger markant, und für 2010 kann wieder auf kräftigeres Wachstum gehofft werden. Vier Millionen Arbeitslose in 2009 wurden schon bald auch rechnerisch unmöglich, fünf Millionen in 2010 erscheinen ausgeschlossen. Die Prognosen liegen heute bei weit unter 4,5 Millionen.

Abervon Wundern kann nur so lange gesprochen werden, bis die Ursachen transparent sind. Das Ganze sei ein Erfolg der Konjunkturpakete, wird spekuliert. Da-

bei wird übersehen, dass die meisten staatlichen Fördermaßnahmen erst zur Jahresmitte zu wesentlichen Mittelabflüssen führten und sich die Wirkungen, wenn überhaupt, erst 2010 einstellen werden. Außer der Kurzarbeit war nur die umstrittene Abwrackprämie frühzeitig in Kraft, sie kann aber schon vom Volumen her kaum die rasche Erholung bewirkt haben. Die sich abzeichnende Wirtschaftsbelebung sollte jetzt zum Anlass für Überlegungen genommen werden, wie die Maßnahmen auf den Bildungs- und Infrastrukturbereich konzentriert werden können, wo die Mittel am sinnvollsten und nachhaltigsten investiert wären.

Der deutsche Arbeitsmarkt ist auch in der Krise gut aufgestellt: Dazu haben die Arbeitsmarktreformen, die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften und die Umstellungen in den Unternehmen beigetragen. Seit langem sind die Lohn- hinter den Kapitaleinkommen zurück geblieben. Ferner hat die Krise vor allem die Leistungsträger in den exportorientierten Investitionsgüterindustrien getroffen. Diese Fachkräfte setzt man nicht so leicht auf die Straße. Lieber hält man sie um (fast) jeden Preis. Sicher war und ist dabei unterstützend die Kurzarbeit der effektivste Teil des deutschen Konjunkturpakets.

Hohe Beschäftigung und niedrige Energiepreise stabilisieren den Konsum und damit die Wirtschaft. Tatsächlich hat die Krise die privaten Haushalte in Deutschland gar nicht erreicht, sondern primär die Unternehmens- und Vermögenseinkommen getroffen. Sie egalisiert also und korrigiert somit langfristige Trends in der Umverteilung. Auch die Wirtschaft in wichtigen deutschen Partnerländern erholt sich. Gute Chancen also für eine Fortsetzung des „Wunders“.



Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit



Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Redaktion: Mark Fallak, Holger Hinte
Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 - 38 94 223
Fax: +49 (0) 228 - 38 94 180
E-Mail: compact@iza.org
Internet: www.iza.org
Grafiken/Fotos: IZA
Druck: Güll GmbH, Lindau
Layout: IZA